

# Klassenkampf



Kommunistisches Organ **Bezirk Halle-Merseburg**

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Freitag nachmittags, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,20 Mark, durch die Post bezogen 2,50 Mark, ohne Befreiungsbefreiung. Bezugsstelle: Halle-Merseburger Zeitungsgesellschaft GmbH, Halle, Lindenfeldstr. 14, Tel.: 210 45 (Abd.); 210 47 (Berlag)

Mit der Mailverkauften Arbeiter-Zeitung **Der Rote Stern**

Anzeigenpreis: 10 Pf. für den reinen Satz und Galley; 1 Wz. im Textfeld. Kontrahent: Zeitungsverlag des Sozialistischen Partei; Kommissar- und Privat-Druck Halle. Postfachnummer 2077 Halle-Merseburger Zeitungsgesellschaft. Druck und Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsgesellschaft GmbH, Halle, Lindenfeldstr. 14

Einzelpreis 10 Pfennig

Halle, Donnerstag, 14. Juli 1932

12. Jahrgang Nr. 163

## Neue Bedrohung der Sowjetunion!

### Umichlaghafen Charbin von Japan besetzt

Charbarow 1, 13. Juli.

In der Charbiner Umichlagstelle der Mandschurischen Eisenbahn erschienen fünf Japaner mit dem japanischen Ratgeber Chorizugi als Vertreter des Stabs der mandschurischen Luftflotte und forderten vom Leiter der Handelsagentur der Mandschurischen Eisenbahn die Uebergabe der Verladekation und des Schuppenanbaus. Auf die Weigerung der Angestellten der Mandschurischen Eisenbahn hin befehlete eine Polizeieinheit unter Führung des japanischen Ratgebers die Umichlagstelle, verjagte den Eisenbahnhelfer und rief die Klomben und Schloffer von den Schuppen ab. Der Stab der Luftflotte verbot bereits am 2. Juli die Verladenarbeiten auf der Umichlagstation und schickte zwei Wachen mit Rohren für den Sowjetort „Exportort“ („Exportgetreide“) gewaltsam zurück und verjagte die Arbeiter.

Hinter dieser ganzen Tätigkeit des Stabs stehen japanische Ratgeber, die schon monatelang versuchen, die Umichlagstelle zu nehmen, um sie an „Kofujai“, der größten japanischen Transportfirma, die in Wirklichkeit eine Filiale der südmandschurischen Eisenbahn ist, zu verpacken.

Die Besetzung der Umichlagstelle durch den Stab der Luftflotte verleiht auf das Größtste das bestehende Abereinkommen und hat zum Ziel den Uebergang der Umichlagverladenarbeiten in die Hände japanischer Transportfirmen, die damit den Güterverkehr im Interesse der südmandschurischen Eisenbahn und zum Schaden der Handelsinteressen der Mandschurischen Eisenbahn lenken und regulieren können.

Diese Meldung ist ein neues Alarmignal für die schwere unmittelbare Gefahr eines Interventionskrieges gegen die Sowjetunion. Ein Alarmignal für alle Antifaschisten, in diesem Zusammenhang der verhängnisvollen Kriegspolitik der deutschen Bourgeoisie die größte Aufmerksamkeit zu schenken und in der Antifaschistischen Aktion den Kampf gegen die Kriegsvorbereitungen nicht zu versagen.



Der Genosse Ernst Thälmann schreibt in dem letzten Heft der „Internationalen“ in seinem großen Artikel „Zu unserer Strategie und Taktik im Kampfe gegen den Faschismus“ über den Zusammenhang zwischen faschistischer Diktatur und Kriegspolitik folgende außerordentlich wichtigen Bemerkungen:

„Während sich in diesem Frühjahr die Bedrohung der Sowjetunion durch den Weltimperialismus in erster Linie vom Fernen Osten her verstärkte, ballt sich nunmehr die imperialistische Kriegsgesahr im Zusammenhang mit der Entartung in Deutschland ebenfalls im Westen der Sowjetunion immer drohender zusammen, ohne daß dadurch die

Bedeutung der mandschurischen Vorgänge in den Hintergrund rückt.

Gerade weil der räuberische japanische Imperialismus seine Kräfte unterstüht und auf einen größeren Widerstand der chinesischen Werktätigen und härtere imperialistische Komplifikationen getroffen ist, als die japanischen Imperialisten vorausgesehen hatten, wird die Kriegspolitik der deutschen Bourgeoisie zu einer um so bedeutungsvolleren Gefahr. Die chauvinistische Welle in Deutschland und die offene Kriegsgesahr des Faschismus gegen die Sowjetunion tragen dazu bei, diese Gefahr noch zu steigern.“

**Antifaschisten! Bereitet den 1. August, den internationalen Antifaschiststag vor! Kämpft immer für den Schutz der Sowjetunion!**

## Dokumente! Beweise! Laßt die Papen-Kreuzler nicht aus dem Kessel!

Mit schamlosen Lügen versuchen die Naziführer, die Verantwortung der Hitler-Partei für das Kabinett Papen und seine Politik abzuleugnen. Aber zahllos sind die Beweise dafür, daß sowohl für die Notverordnungs- als auch für die Tributpolitik von Lausanne die Hitler-Partei die volle Verantwortung trägt.

In dem jüdischen Naziblatt „Freiheitskampf“ (4. 7. 32) schrieb der Führer der Hitler-Fraktion im Sächsischen Landtag, Studentowski: „Die Nationalsozialisten konnten der Regierung Papen das ausdrückliche

Worttrauen nicht ausreden, da doch diese Regierung das Verbot der SA, SS sowie das Uniformverbot aufgehoben hat.“

Bei der Berliner Nazidemonstration vom 10. Juli erklärte der Berliner SA-Führer, Graf Helldorf:

„Wenn die SA nicht wäre, dann hätte sich diese Regierung des Herrn von Gansl keine 14 Tage halten können.“

In der Hugenberg-Zeitung „Der Tag“ Nr. 164 wird über eine Rede des deutschnationalen Spitzenkandidaten für Hannover-St., Hauptmann a. D. Schmidt, folgendes berichtet:

„Der Redner beschäftigte sich dann ausführlich mit der NSDAP und erklärte, sie stehe auf Grund besonderer Abmachungen der Regierung Papen erheblich näher als die DNVP, denn sie habe der Regierung Tolerierung zugesagt und dafür die Aufhebung des Uniformverbots und die Auflösung des Reichstages erhalten.“ Schmidt sagte dabei wörtlich: „Ich fordere die Führung der NSDAP hierdurch auf, den Gegenbeweis hierfür anzutreten.“

**Goebbels blüht aus Feigheit ab...**

(Eig. Drahtf.) Wuppertal, 14. Juli.

Durch Wuppertal sollte gestern ein Terrormarsch der SA stattfinden, zu dem aber Berliner Naziführer Goebbels erschienen war. Angehts der Bewegung der auf den Straßen lebenden werktätigen Massen mußte der Durchmarsch abgeblasen werden. Im Stadion sprach Goebbels vor 6000 Habschweizern.

### Hakenkreuz über Anhalt

Die am 24. April durchgeführten Landtagswahlen in Anhalt führten zu einer Umstellung in der Regierung. An die Stelle der vorherigen Koalitionsregierung der Sozialdemokraten und Staatspartei trat eine Regierung, an deren Spitze der Nationalsozialist Frenenberg steht, dem als Koalitionspartner die deutschnationale Dr. Knorr beigegeben ist. Wenn in der Wahlkampagne die Nationalsozialisten, so wie im ganzen Reich, auch in Anhalt jedem Wähler alles versprochen, so beweist die Regierungstätigkeit der Nationalsozialisten seit dem 23. Mai, daß alles andere in Erfüllung geht, aber auf keinen Fall die Verprechungen.

**Nazis verbünden sich mit dem System**

Schon in den ersten beiden Landtagskämpfen am 17. und am 21. Mai kam es zu einer Verbrüderung der Nazis mit dem System. In der ersten Sitzung fand die Wahl des Landtagspräsidentiums statt. Diese Sitzung stand ganz im Zeichen einer

## Die richtige 3!

Nicht das „Dritte Reich“ ist ein Reich des Sozialismus. Das „Dritte Reich“ soll die Hölle der Arbeiterklasse werden, damit die kapitalistische Diktatur sie gänzlich vernichten lassen kann.

Nicht die drei Beile der Eisernen Front zeigen dem Proletariat den Weg der Rettung und des Kampfes für Arbeit, Brot und Freiheit.

Drei scharfe Beile des antifaschistischen Kampfes sind allein: Massenkampf in allen Betrieben und Stempelstellen gegen Papens Notverordnungen, roter Massenstreik, politischer Massenstreik gegen Papen und Hakenkreuzterror. Wer dafür kämpfen will, wählt am 31. Juli

**Die kommunistische Ciste 3!**

### Antifaschistische Aktion!

Mit Dolchen, Schlagringen, Gummiknüppeln und Revolvern wollen die Nazis, die Papenkreuzler, die Arbeiter einschüchtern. Betriebsarbeiter, bewaffne dich mit der revolutionären Presse, mit dem „Klassenkampf“. In der Antifaschistischen Kampfnote gilt es den Massenwut unserer revolutionären Presse zu heigen.

Der „Klassenkampf“ ist deine Waffe!

**Am Freitag erscheint eine große Sondernummer!**

Sorgt für Massenvertrieb vor den Betrieben, insbesondere vor den Kleinenbetrieben der IG-Farben-Industrie.

**Antifaschisten, vor die Front!**

Leset und verbreitet die in der heutigen Ausgabe abgedruckte Rede des Genossen Ernst Thälmann auf dem Berliner Einheitskongreß!

# Severings Dolchstoß gegen die Antifaschistische Aktion

(Eig. Ber. Berlin, 13. Juli.)

Der preußische Innenminister Severing hat eine Anweisung an die Polizeibehörden erteilt, die lautet:

„In jedem Fall der Abmischung einer Veranstaltung, insbesondere von Versammlungen und Auszügen unter freiem Himmel, ist sofort zu prüfen, ob ausweisende Polizeikräfte zum Schutz der Veranstaltung und ihrer Teilnehmer auch auf dem Grund und Boden der Antifaschistischen Aktion, der Versammlungen gegen Ueberfälle oder andere Gewalttätigkeiten der Versammlungsteilnehmer selbst während oder auch vor oder auch nach der Veranstaltung zur Verfügung stehen. In anderen Fällen soll ein Verbot der Veranstaltung erlassen werden.“

Severing hat Severing einen Anspruch an die Polizei erlassen, gegen Ueberfälle durch die Antifaschistische Aktion vorzugehen und die Antifaschistische Aktion gegen die Waffenbesitzer auf die längstmögliche Dauer anzunehmen.

Kein Arbeiter kann sich auch nur einen Augenblick im Unklaren sein, was diese Erlasse Severings bedeuten. Sie geben der Polizei die Hand, Versammlungen und Demonstrationen zu verbieten. Welchen Versammlungen und Demonstrationen werden verboten? Die der Antifaschistischen Aktion, die der Klassenbewußten Arbeiter, die der Kommunistischen Partei! Und gegen wen gehen, wie die täglichen Meldungen aus dem ganzen Reich zeigen, die Polizeibehörden vor? Gegen die mit Re-

volvieren schwerbewaffneten Mordbänden der Nazis? Nein, gegen die Arbeiter.

Der Erlaß richtet sich gegen die Arbeiter, die etwa schroben von den Nazisbanden oder in der Gegenwart mit Waffen, und bei es auch nur mit einem Messer, betroffen werden. Was haben die Nazis zu verlieren, wenn sich eine Befreiung irgend wann ereignet? Die Nazis „verurteilt“ sie nicht oder spricht sie gleich frei. Die Arbeiter aber, die durch die Erlasse Severings verhaftet werden, erhalten fürchbare Zuchthausstrafen.

„In einem „Ausflug“ merkt sich Severing noch besonders gegen den Selbstschutz. Die Arbeiter sollen sich geistlich den Nazisbanden ausliefern. Die neue Severing-Aktion kommt nicht von ungefähr; sie ist ein Stück der von „Vorwärts“ und vom SPD-Vorstand bereits seit Tagen betriebenen „Kampagne“ gegen die Antifaschistische Aktion, die die Arbeiter-Papen-Diktatur und der mit ihr verbundenen Nazipartei.

Die Papen-Erlasse Severings werden die größte Enttäuschung aller Arbeiter und besonders der sozialdemokratischen Arbeiter, die von den SA-Banden am Leben bedroht werden, zur Folge haben. Die SPD-Führer zeigen sich immer offener in der Front Papens und Sitters.

Nun ernt recht antifaschistische Einheitsfront aller sozialdemokratischen, kommunistischen und parteilosen Arbeiter! Die Antifaschistische Aktion muß nun ernt recht zum gewaltigen Massenstreik in Deutschland werden.

hellen Koalition zwischen der NSDAP und der SPD. Bei der Wahl des nationalsozialistischen Reichsanwalts Dr. Nicolai zum Landtagspräsidenten enthielten sich die Sozialdemokraten der Stimme, während bei der Wahl des Sozialdemokraten Paulid zum 1. Vizepräsidenten die Nazis sich der Stimme enthielten. Zweiter Vizepräsident wurde der nationalsozialistische Rechtsanwalt Dr. Nicolai zum Landtagspräsidenten ernannt. Die Abgeordneten der nationalsozialistischen Arbeiter-Partei verdrängten sich mit den Vertretern der kapitalistischen Parteien noch mehr, als am 21. Mai der Anhaltische Landtag die Wahl des Ministers vornahm. Da teilte die Koalition der Nazis, Deutschen Nationalen und Deutschen Volksparteier die Ministerstellen unter sich auf, so daß Nazi-Frederberg Ministerpräsident und der Deutschnationale Dr. Knorr zweiter Minister wurde. Nach dem Eid auf die Verfassung, den Nazi-Frederberg leistete, war die Verdrängung mit dem System vollkommen.

## Futterkrippen statt Arbeitsbeschaffung

Daß die Hitler-Partei viel größere Sorgen hat als das den Arbeitslosen gemacht Wahlversprechen, für Arbeitsbeschaffung zu sorgen, einzulösen, haben die sechs Wochen Regierungstätigkeit der Nazis schon einleitend genug bewiesen. Ihre Haupt Sorge galt der Sicherstellung von Futterkrippen. Eine der ersten Regierungsmaßnahmen Frederbergs war es, die Sozialdemokraten und Staatspartei als Regierungspräsidenten und Kreisdirektoren und später auch als Amtsvorsteher abzubauen und in diese warmen Nester des kapitalistischen Staatsapparates Nationalsozialisten zu setzen. So wurde das Wahlversprechen eingelöst: „Fette Futtermittel mit dem Parteibild als beizubehalten!“ Fette Futtermittel wurden für die Nazisparteiangehörigen gefordert, doch Arbeit wurde den Arbeitslosen nicht verschafft.

Da wurde in Dessau die Zuckerraffinerie stillgelegt und über 1000 Arbeiter wurden beschäftigungslos. Da stiegen durch die Stilllegung der Maschinenfabrik Polysius in Dessau 800 Arbeiter auf das Straßenpflaster, durch die Stilllegung der Zuckerraffinerie Alten 1000 Mann und erharteten die Tatsache, daß auch unter der Herrschaft der Nationalsozialisten die Arbeitslosigkeit nicht überwunden werden kann. Sie sind ja die gleichen Sachwalter der Interessen der kapitalistischen Wirtschaft, wie die von ihnen regierenden Sozialdemokraten und Staatspartei.

## Ketten und Zwangsjacken für Proletarierjugend

Kaum sind die Nazisminister auf ihren Ministerstellen warm geworden, da beistiegen sie auch schon Gesetze gegen die arbeitende Jugend. „Müßige Regierungsmaßnahmen“ nennt das Naziparlament die Einführung des Arbeitsdienstes in Anhalt, wie das ein Aufruf des Naziministerpräsidenten Frederberg anfindigt.

Der Naziminister Frederberg erbatene an: 215 Freiwilrige — die auf Herz und Nieren geprüft werden —, die vor allem über militärische Vorkenntnisse verfügen, werden zu einer Stamm- und Lehrabteilung des Arbeitsdienstes zusammen-

## Massenvertrieb unserer Parteiliteratur und Massenbroschüren!

Während der Woche der Antifaschistischen Aktion sorgen unsere Genossen, ob auf der Stempelstelle — in den Betrieben — in den Häusern — auf Versammlungen — Demonstrationen — überall da, wo sich Menschen zusammenballen, für den Massenvertrieb unserer antifaschistischen Literatur!

mengesetzt. Ein Vierteljahr lang werden diese 215 Mann auf Kosten des Staates ausgebildet, um dann als Kottmelier und Dienstmänner (Haus-Unteroffizier und Feldwebel) in dem zu schaffenden Arbeiter-Bewachung finden zu können. Der Arbeitsdienstpflichtigen, zu denen nach dem Plan des Reichs oberst hier alle jungen Deutschen von 19-23 Jahren gehören sollen, soll freie Unterkunft in Kasernen, Verpflegung, Bekleidung (die nach dem Aufruf Frederbergs in Uniform, Arbeits- und Sportkleidung bestehen soll) und ein tägliches Taschengeld gewährt werden. Das ist die offene Militarisierung der Jugend. Von den „Arbeitsbeschaffungsplänen“ der Nazis bleibt der Arbeitsdienst unter der Zwangsform der SA übrig. Die proletarische Jugend soll zu Soldaten, zu Streikbrechern und zu Kameraden werden, die zum Kräfte gegen die Sowjetunion stützenden Imperialisten erziehen werden. Als Feinde der proletarischen Jugend haben sich die Nazis schon nach so kurzer Regierungszeitigkeit in Anhalt entlarvt.

## Die SA als Nebenregierung

Auf ein Schreiben des Landesoberpräsidenten der weislichen Elternvereine, durch welches Anstalt über den Termin der Elternbesprechungen verlangt wurde, antwortete der Naziminister Frederberg, daß er dieses Schreiben der Landtagsfraktion der NSDAP zur „autonomen Erledigung“ übergeben habe. Das Staatsministerium liefert die Staatsgewalt an die SA aus. Nichts anderes wird durch den Brief Frederbergs dokumentiert.

## Die SA übt Polizeigewalt aus

Anlaßlich des „Mitteldeutschen Treffens der SA“ entzog der Naziminister Frederberg dem Dessauer Oberbürgermeister die Polizeigewalt und übertrug sie an den nationalsozialistischen Führer der Anhaltischen Landespolizei. Dieser übertrug die Polizeigewalt am 2. und 3. Juli der SA und SS, die sich in äußerst provozierender Weise als Polizei betätigten. Sie nahmen sich das Recht zu Durchsuchungen von Häusern und Straßen und führten durch ihr provokatives Verhalten Zusammenstöße mit den Arbeitern herbei. Das war eine Vorstufe zu dem von der Hitler-Partei herbeigeführten Zeitpunkt, wo SA und SS endlich Herr über Leben und Tod der deutschen Arbeiter und Werktätigen sein sollen.

## „Nur Leute mit höherer Schulbildung“

In der Stadtverordnetenversammlung Köthens am 30. Mai wurde auch zu der Wahl des Bürgermeisters Stellung genommen. Den Antrag der Kommunisten, die Wahl des Bürgermeisters durch die Einwohner vornehmen zu lassen, lehnten die Nazis und Sozialdemokraten ab, da sie grundsätzlich dafür sind, daß am qualifizierten Amtsinhaber der Kommune und des Staates auf Kosten der Werktätigen gehandelt wird. Bei jeder Gelegenheit setzen sich auch die Nationalsozialisten, diese „Arbeitervertreter“, dafür ein, daß die Stelle nur durch einen Mann mit einer „höheren Schulbildung“ besetzt werde.

Die Stellung der Nationalsozialisten zu der Bürgermeisterwahl in Köthen zeigt, daß die Nazispartei nur gut genug dafür sind, sich zum Vord an ihren Klassen Genossen mißbrauchen zu lassen.

# Überall große antifaschistische Kampfaufmärsche

In Delitzsch fand gestern Abend eine große Einheitsfront-Demonstration und Verammlung der verlässigen Jugend statt, an der sich über 600 jugendliche und erwachsene Arbeiter beteiligten. Trotzdem die SPD-Führung die Teilnahme ablehnte, marschierten zahlreiche SPD-Arbeiter im Zuge mit. An der Spitze des Zuges marschierten der KZV und der SZB. Nach dem Absetzen des Genossen Kitzberg, KZVD und Kitzberg, SZB, wurde ein Einheitsaufmarsch der Antifaschistischen Aktion gebildet.

In Hohenmölsen fand eine Kundgebung der Antifaschistischen Aktion statt, die über 500 Mann umfaßte. Ein Bierzettel der Versammelten waren SPD-Arbeiter. Sie sprachen auch in der Versammlung. Ein Kampfaufmarsch, aus allen Arbeiterorganisationen von Hohenmölsen und aus Arbeitern der SPD zusammengesetzt, wurde in dieser Versammlung gebildet, trotz des heftigen Abrensens der SPD-Führer.

In Grop-Kanna, im Herzen des Gefellensreviers, vor den Toren des Mittel-Weiß-Bezirks, marschierten zu einer Kampfdemonstration kommunistische und sozialdemokratische Arbeiter im Zeichen der Antifaschistischen Aktion auf. Nach dem Absetzen des Genossen Kitzberg, KZVD und Kitzberg, SZB, wurde ein Einheitsaufmarsch der Antifaschistischen Aktion gebildet. Die grundsätzliche Ausrichtung unseres Zuges wurde von der übergroßen Mehrheit mit größtem Beifall begrüßt. Auch hier bahnt sich die rote Einheit an. Von unten trotz aller Hege der SPD-Führer.

In Schafstädt, mitten in der sozialistischen Domäne der Groppgraben, marschierten vorgestern über 700 Arbeiter und Arbeiterinnen unter roten Fahnen und den revolutionären Slogans der Antifaschistischen Aktion auf. Ein kommunistischer und ein sozialdemokratischer Redner sprachen zu den Massen. Am Schluß dieser mächtigen Demonstration hatten sich die großmächtigen Nazis in ihre Schlafzimmeln zurückgezogen.

## Proteststreik in Dessau gegen Nazi-Mörder

(Eig. Drahtm. Magdeburg, 14. Juli.)

Die Beerdigung des von der SA heute ermordeten Reichsbannerführers Feuerherd in Dessau gestalte sich zu einer mächtigen Kundgebung für die Antifaschistische Aktion. Im Zuge wurden weit über 8000 Demonstranten gezählt. Fast sämtliche Dessauer Betriebe u. a. die Belegschaft der Janters-Fabrizierwerke und des Brauereibetriebs schloß sich an. Dem Aufruf der KPD folgend, in der Belegschaft getreten und gaben dem ermordeten Kampfgenoßen in geschloffenen Zügen das letzte Geleit.

## Rotes Berlin marschiert gegen den Mord-Faschismus

(Eig. Drahtm. Berlin, 14. Juli.)

Gestern marschierten im sozialistischen Berlin die kämpfenden Bataillone des Berliner Proletariats auf. Starke Be-

# Braun-Mord!

(Eig. Drahtm. Berlin, 14. Juli.)

Als gestern Abend eine kleine Truppe von antifaschistischen Arbeitern von der Demonstration zurückkehrte, wurden sie plötzlich bei Sternensplatz von einer SA-Mordbande beschossen. Drei Arbeiter wurden verwundet. Obwohl selbst der „Vorwärts“ von einem „erschrockenen“ Genossen selbst schreiben muß, verhaftete die Polizei Gzelejnski acht der überfallenen Arbeiter.

Die Futterkrippen werden an die „Männer mit höherer Schulbildung“ vergeben.

Die bisherige Entwidlung in Anhalt unter dem Patronat zeigt aber weiter, daß sich die Sozialdemokratie mit den „gegebenen“ Tatsachen abfindet und praktisch mitwirkt. Während sich in Dessau Reichsbanner, sozialdemokratische und kommunistische Arbeiter gegen den Terror der SA-System-Armee zusammenfassen, leisten die Führer der SPD der Nazisregierung Hülfeleistung. Anhalt ist ein typisches Beispiel und ein warnendes Signal für die deutsche Arbeiterklasse. Nicht verlassen auf die Wahlversprechungen und Verträge der SPD und der KPD-Führerschaft, die wie Anhalt beweist, sich auch bei einer Naziregierung „anpassen“ versteht.

Das SPD-Organ „Volksblatt für Anhalt“ ist, wie

triedbelegungen marschierten in dem Zug mit. Berliner Versuchsbetriebe in Anhalt mit dem KPD-Banner wurden von der leitenden Menge immer wieder mit Rot-Front-Fahnen begrüßt. Zahlreiche Arbeiter der Eisenfront mit dem Dreifarbigen-Abzeichen beteiligten sich an der Demonstration. Ein Wald von roten Fahnen bewegte sich durch die Straßen, dem Weiten der Stadt zu. Der Randal-Weiß-Blau und der Weitenberg-Blau waren in kurzer Zeit von den amarschierenden Massen überflutet. Der größte Aufmarsch des roten Berlin war ein Kampfergebnis für die Antifaschistische Aktion, für die Verteidigung der KPD und der revolutionären Massenorganisationen. Ein Massen-aufmarsch gegen die braune Woywode. Eine rote Mobilisierung der Klasse, der Masse aller Antifaschisten!

Die völlige Falschierung des Bundesrats soll durch neue Maßnahmen vollzogen werden, die die Leitung des gesamten Nazijunkes in die Hände der Reichsregierung legt.



1. Wissen die sozialdemokratischen Arbeiter, warum ihre Führer bei der Bildung der Einheitsfront immer wieder verlangen, daß die Kommunisten „ihre Führer nicht beschimpfen“?

Die SPD-Führer wollen u. a. vermeiden machen, daß es der Sozialdemokrat Seneeing gemein ist, der die größte antifaschistische proletarische Massenorganisation, den roten Frontkämpferband verbod. Sie wollen vermeiden, daß es der Sozialdemokrat Seneeing gemein ist, der auf Befehl Hindenburgs das Verbot des Stahlhelms in Rheinland und Westfalen aufgehoben hat. Sie wollen vermeiden, daß sie mit diesen und vielen anderen Maßnahmen der SPD-Minister dem braunen Faschismus in Deutschland der Weg frei gemacht wurde.

2. Wissen die sozialdemokratischen Arbeiter, daß die SPD-Führerschaft grundsätzlich bereit ist, die Nationalsozialisten an die Regierung heranzulassen?

Das Zentralorgan der SPD, der „Vorwärts“, schrieb am 3. Dezember 1931: „Jede Regierungsmehrheit muß sich politisch nach vier Jahren wieder zur Wahl stellen. Während die Sozialdemokratie, daß die Nationalsozialisten die Spielregeln der Demokratie, nach denen sie zur Macht kommen wollen, auch beachten werden, wenn sie an der Macht sind, dann wären wir alle bereit, sie lieber heute als morgen an die Regierungsmacht heranzulassen.“

3. Wissen die sozialdemokratischen Arbeiter, daß ihre Führer die Notverordnungen und die Notverordnungsliste als den Weg zum Sozialismus ansehen?

Das Hamburger SPD-Organ „Hamburger Echo“, schrieb am 9. Dezember 1931 über die dritte Weimarer Notverordnung folgendes: „Aber wir stellen doch fest, daß sich in dieser Notverordnung der bürgerlich-faschistischen Regierung mit Ungenauigkeit durchgesetzt hat, was in dem sozialdemokratischen Parteiprogramm seit Jahrzehnten als marxistische Erkenntnis niedergelegt und verankert ist.“

Genossen, schmeidet diese Fragen aus. Nehmt sie mit in die Betriebe, Stempelstellen und Versammlungen und distanzier sie mit euren sozialdemokratischen, freigeberischen und Reichsbannerkollegen.

Wir stellen mitteilen, auf 10 Tage verboten worden. Die halbtägige SPD-Beilage bringt diese Tatsache ohne Kommentar. Ist das nicht ein neuer Beweis dafür, daß die SPD-Führerschaft gar nicht daran denkt, gegen die Faschensfreuderschaft die Arbeiterschaft zu einem wirklichen Kampf aufzurufen?

Die Belegschaften der Janterswerke und der Schultze-Fabrizierwerke in Dessau, die anfänglich der Belegschaft des von den Nazis ermordeten Reichsbannerführers Feuerherd die Arbeit niederlegten, zeigen dem Weg, den die Arbeiterschaft gehen muß, um auch die Sowjetregierung in Anhalt zu beteiligen. Die Arbeiterschaft wird ihn gehen, auch gegen den Willen der SPD und Gemeinheitsführer. Sie wird ihn gehen unter Führung der kommunistischen Partei, indem sie in der Antifaschistischen Aktion die rote Einheitsfront schließt!

# Erste Bildberichte vom Massenstreik in Belgien



Berittene Polizei vor dem Zehentor einer Grube in Charleroi — Panzerwagen und Maschinengewehrabteilungen in den Straßen

## Vorsitzender der II. Internationale ruft Militär gegen Arbeiter!

Große Erregung herrscht im belgischen Streikgebiet über die Haltung der Reformisten, die jetzt — nachdem der wichtige Massenstreik gegen ihre Beschlüsse durchgeführt wurde — versuchen, sich an die Spitze der Bewegung zu stellen, um sie abzuwürgen. Die in Empörung erreichte ihren Höhepunkt, als Kanderolle in Charleroi Militär gegen die Streikenden zu Hilfe rief. Ueber diesen ungeheuerlichen Vorfall stellen wir den Lesern des „Vorwärts“ die Berichte bürgerlicher Journalisten gegenüber.

„Vorwärts“, 12. Juli 1932, „Berliner Tagesblatt“, 12. Juli 1932.  
 „Nur in Charleroi kam es Anfolge kommunistischer Störungen (1) wieder zu Unrecht. Der sozialistische Führer Vanderveerde sprach vom Balkon des Volkshauses von Charleroi zu den Streikenden. Er erklärte, die Arbeiterpartei sei mit den Streikenden gegen die Unternehmer und die Regierung völlig solidarisch, sie lehne aber jede Solidarität mit den Unruhschüffern (1) ab. Einige hundert Kommunisten (1) versuchten Vanderveerde niederzuwerfen: Schrecklich gingen sie gegen das Volkshaus vor, wurden aber von der Arbeiterwehr (1) zurückgeworfen. Die Kommunisten plündernten (1) dann einen Brotwagen der Genossenschaft.“

Im Zentralgefängnis zu Sofia haben die politischen Gefangenen Protestdemonstrationen gegen die schlechte Nahrung veranstaltet. Während des Spazierganges hielt ein politischer Gefangener eine Ansprache. Wegen ihres Protestes wurden sie mit einem Monat Kerker bestraft, worauf sie den Hungerstreik erklärten.

## Japan besetzt Charbiner Umschlagshafen

Umschlagshafen an der Etschung verhindert — Freche Provokation

Chabarowski, 13. Juli. In der Charbiner Umschlagshafen der Ostchinesischen Eisenbahn erschienen fünf Japaner mit dem japanischen Ratgeber Horikawa als Vertreter des Stabs der Handelsagentur der Ostchinesischen Eisenbahn die Uebergabe der Verladestation und des Schuppenhofs. Auf die Weigerung der Angestellten der Ostchinesischen Eisenbahn hin besetzte eine Polizeibatterie unter Führung des japanischen Ratgebers die Umschlagshafen, verjagte den Eisenbahnhafen und ließ die Arbeiter und Arbeiterinnen des Schuppenhofs auf der Straße verhaften. Der Umverbot bereits am 2. Juli im Namen des Stabs der Ostchinesischen Eisenbahn und schickte zwei Bataillone (Exprezregimente) gewaltsam zurück und verjagte die Arbeiter.

in die Hände japanischer Transportfirmen, die damit den Güterverkehr im Interesse der südmandschurischen Eisenbahn und zum Schaden der Handelsinteressen der Ostchinesischen Eisenbahn lenken und regulieren können.

Unter dieser ganzen Tätigkeit des Stabs stehen japanische Ratgeber, die schon monatelang versuchen, die Umschlagshafen zu besetzen, um sie an „Kofu“, die größten japanischen Transportfirmen, die in Wirklichkeit eine Filiale der südmandschurischen Eisenbahn ist, zu verpacken.

Die Besetzung der Umschlagshafen durch den Stab der Flusshafen verleiht auf das größte das bestehende Uebererfordern und hat zum Ziel den Uebergang der Umschlagshafenarbeiten

## Blutbad unter chinesischen Studenten

Schaughaui, 12. Juli. Der Terror der Nanking-Regierung gegen die streikenden Studenten in der Provinz Jiangsu, wobei nicht nur Polizei, sondern auch Militärkräfte eingesetzt werden. Starke Polizeis- und Militärabteilungen führten die Universität Woosin (Provinz Schensi), wobei auf die versammelten Studenten das Feuer eröffnet wurde. 7 Studenten wurden getötet, 2 schwer verletzt, 8 Verhaftungen wurden vorgenommen.

General Wangschentschong erklärte zynisch, daß „diese Maßnahmen zur Wahrung des Prestiges der Nankingregierung notwendig“ seien.

## Hunger in der Karpathoukraine

Prag, 12. Juli. Die Lage der Arbeiter in der Karpathoukraine verschlechtert sich von Tag zu Tag. Neuerlich ist es wieder zu Demonstrationen der hungernden Arbeiter gekommen. In einem Bericht des Ministeriums des „Erdene Aist“ heißt es u. a.:

„Wie wir erfahren, kommt es in der letzten Zeit zu häufigen Arbeitslosenmärschen in der Karpathoukraine und in der Karpathoukraine bei den Kiemern der staatlichen Waldungen. Die Arbeiter verlangen Brot und Arbeit, da ihre Not so groß ist, daß sie ihren Kindern Souverain zu essen geben müssen. Da diese Kiemern von den Seiten der Besitztümer den größeren Gendarmenabteilungen manchmal 600 Kilometer weit entfernt sind, besteht große Gefahr vor der Bewegung des hungernden Volkes, hauptsächlich in der Besonnia.“

Falls es nicht in der allernächsten Zeit zur Befähigung der hungernden Bevölkerung kommt, kann es zu wichtigen Ereignissen kommen.“

## Proteststreik gegen Auflösung der Prager roten Gewerkschaften

Prag, 13. Juli. Zum Zeichen des Protestes gegen die Auflösung der roten Gewerkschaftszentrale trat die Belegschaft des Textildruckbetriebes in Mladoua in Nordböhmen in den Streik. In Mährisch-Odrau protestierten schärfstens alle proletarischen Massenorganisationen und Gewerkschaften sowie einige Gewerkschaftsgruppen in Kohlenfeldern und der Vertrauensmännerratsschub der Witkowitz Eisenwerke, der ein Protesttelegramm an das Innenministerium abschickte.

Weitere Protestkundgebungen wurden in Marienbad, Prag, Karlin und Brunn durchgeführt.

Überall werden Maßnahmen getroffen, die eine mächtige Protestwelle auslösen sollen.

## Theodor Plivier; Der Kaiser ging, die Generale blieben

Copyright by Malik-Verlag, Berlin.

25. Fortsetzung  
 Die 60 Mitglieder des Soldatenrats, aufgefüllt durch Vertreter der Gewerkschaften, haben sich verammelt. Noste hat die Lage geschildert. Er hat seine Ausführungen zusammen:  
 „Alles in allem sehe ich sehr düster. Kiel ist von allen Seiten von Gefahren umdroht. Wir müssen so bald wie möglich wieder in einen ordnungsmäßigen Zustand zurück!“  
 „Wir müssen die Revolution ausbreiten!“  
 „Flugblätter müssen wir drucken und durch Plivier an der ganzen Wasserlinie oberhalb lassen!“  
 „In ganz Schleswig muß die Republik ausgerufen werden!“  
 „Nimmer habe — wir dürfen nur in Angriff nehmen, was wir auch durchführen können!“ rief ein Gewerkschaftsvertreter.  
 „Wir müssen auch an unsere Verantwortung denken!“  
 Die ihnen auferlegte Verantwortung hat einen Teil der Delegierten schon gelächelt; auch die anwesenden Gewerkschaftsfunktionäre drückten die Stimmung herunter. Die das Haus umringenden Matrosen haben viel radikalere Forderungen:  
 „Sämtliche Offiziere müssen verhaftet werden!“  
 „Alle raus auf ein Schiff, in die Nordsee und da verrecken, — 400 Meter Tiefe wollen wir ihnen bemitteln!“  
 „Und die anderen Schiffe: Kohlen nehmen, festfesseln machen! Und dann unter Dampf nach Kronstadt zu den Bolschewikern!“  
 „Die großen Hamburg-Amerika-Dampfer nehmen wir auch mit, und dann kommen wir mit einer Armee zurück!“  
 „Dann wird ausgeräumt, der ganze alte Munder muß weg!“  
 „Wir müssen ganz von vorn anfangen, mit ganz neuen Männern an der Spitze!“  
 Auch Raumschub und Bönzsch stehen vor dem Haus.  
 „Du kennst doch den Ali, den von der U. Wache, der ist schon abgehauen. Mit sechs Mann sind die weg. Gewichte und Munition haben sie mitgenommen, — nach Hamburg oder nach Lübeck, glaub ich!“

„Das ist jetzt die Hauptsache, die Revolution weitertragen! In Kiel allein können wir uns nicht halten!“  
 „Hier in Kiel, das ist jetzt ein Spaß. Hier haben wir die Macht. Und Noste wird's schon machen. Aber Hamburg und Bremen!“  
 „Berlin ist die Hauptsache, erst wenn Berlin gefallen ist, haben wir's geschafft!“  
 „Das stimmt, wir haben auch ab!“ meint Raumschub: „Erst fahren wir mal nach Hamburg, und dann werden wir weiter gehen. Wer kommt mit, Jungens?“  
 „Nach Hamburg, nicht schlecht. Da können wir gleich mal einen Abteiler nach St. Pauli machen!“  
 „Und auf der Davidstraße mal wieder ‚Water Rempel‘ besetzen!“  
 „Und die teuren Hamburger Deerns, wat, Waze?“  
 „Natürlich kippen wir auch mal einen und manchmal auch mal eine Nachschicht. Aber die Hauptsache bleibt unsere Bewegung und die Ausbreitung der Revolution!“ erklärt Raumschub.  
 „Wie viele sind mit denn nun?“  
 „Stummisch kommt natürlich mit, und Waze, Fiete, Heir... neun sind wir!“  
 „Das langst, also gleich nach dem Bahnhof. Und wenn kein Zug geht, dann hauen wir zu Fuß ab!“  
 „Und nachher fahren wir nach Berlin und setzen den Kaiser ab!“  
 „Ein im Saal steht Noste die Punkte vor, welche die Regierung den Matrosen zugehen will, falls sie sofort auf die Schiffe und in die Kajüten zurückziehen und die alte Ordnung wiederherstellen:  
 1. Straffreiheit für alle an der jetzigen Bewegung Beteiligten.  
 2. Amnestie für die wegen der vorjährigen Bewegung in der Flotte Verurteilten.  
 3. Reichsunabhängige Herbeiführung des Waffenstillstandes.  
 4. Weisung der Regierung und Demokratisierung des Staates.  
 5. Weitere Reformen und Demokratisierung des Staates.“  
 Fietz springt auf:  
 „War nicht klein beigegeben, Genossen! Wir können warten. Nicht die Regierung hat Bedingungen zu stellen und Punkte aufzusetzen, sondern wir.“  
 Noste läßt Urteil ruhig aussprechen. Mit etwas in die Schultern eingezogenem Kopf steht er da und wartet ab, und nachher sagt er ganz langsam

„Die Bewegung hat zwar in Kiel gefiegt, aber Kiel ist isoliert. Und wenn die Zufuhr von Lebensmitteln ins Städtchen kommt, und wenn Berlin kein Geld mehr schickt, was dann?“  
 Die im Dienst der Gewerkschaften ergrauten Funktionäre sehen mit besorgten Mienen auf ihren Führer und nicken zustimmend.  
 Die U.S.B.-Leute verlangen Parität:  
 „Ein U.S.B.-Führer muß Noste beigegeben werden!“  
 „Warum bloß Noste noch nicht eingetroffen ist!“  
 „Das Telegramm an Noste ist sicher untergegangen worden!“  
 Die Matrosen verlangen nochmals Flugblätter, Flugzeuge — sie wollen die Revolution weitertragen! In ganz Schleswig muß die Republik ausgerufen werden! Noste ist gegen Flugzeuge, gegen eine Ausbreitung der Bewegung, gegen die Ausbreitung der Republik. Er spricht im Gegensatz zu den Matrosen nicht von Revolution, sondern von einer „Bewegung“. Immer wieder Revolution, in den Kajüten und in geordnete Zustände. Er schildert die Situation in den hoffnungslosen Farben und spricht von „dem entsetzlichen Zustand, in dem sich unser Volk infolge der Kriegsniederlage befindet.“  
 Wieder springt Urteil von seinem Stuhle auf:  
 „Genossen, wir sind doch nicht hierhergekommen, um uns hänge machen zu lassen. Wir haben große Aufgaben vor uns. Unsere Kameraden in den Kajüten und auf den Schiffen erwarten, daß wir ihnen Entschlüsse zur Sicherung und für die weitere Ausbreitung der Revolution vorlegen...“  
 Mit heftigen Worten wendet er sich gegen Noste, und er steht es schließlich durch, daß die Punkte der Regierung abgelehnt werden. Selbst der Gewerkschaftsführer Garbe lenkt ein und meint, daß man damit ja noch Zeit habe.  
 Aber Noste schlägt mit der Faust auf den Tisch:  
 „Der Kiefer Meuterei, die ich persönlich auf das Schärfste beurteile, ist ein Ende zu bereiten!“  
 Die Matrosen und Arbeiter rufen laut:  
 „Warum stellt er sich denn dann an die Spitze?“  
 „Er hat sich doch zum Vorshanden wählen lassen!“  
 „Da müssen schwerwiegende Gründe vorliegen!“  
 „Wenn unser erster Vorgesetzter so sprechen kann, wie heffnungsalos muß unsere Lage dann in Wirklichkeit sein!“  
 (Korlethema folgt.)

# Thälmann vor 50 000 im Wuppertal

(Eig. Drahtm.) Wuppertal, 13. Juli.

Der Massenaufruf im Wuppertaler Stadion gefaltete sich zur größten Kampfundgebung seit den Kapp-Kämpfen. Mehr als 50 000 Werftlinge hatten sich im Stadion eingefunden, und in den umliegenden Orten waren weitere 10 000 zummengerückt, um das gemalte Ereignis der Thälmann-Kundgebung mit zu erleben. Schon in den frühen Morgenstunden zogen aus den Orten und Städten des Wuppertals die starken Kolonnen der revolutionären Arbeiter nach dem Stadion. In den marschierenden Zügen hatten sich starke Gruppen der Eisernen Front eingereiht, obwohl die Leistungen der Eisernen Front die Teilnahme an der Thälmann-Kundgebung iteng verbot hatten. Die größten Betriebe des Niederrheins waren durch starke Delegationen vertreten.

## Gewaltiger Jubel brach los, als der Führer der SPD, Genosse Thälmann, das Stadion betrat

Der Kampfpappell des Genossen Thälmann wurde mit brause dem Beifall aufgenommen. Genosse Thälmann legte in seinem Referat, es wäre an der Zeit, alles zu tun, um die blutige Diktatur des Faschismus in Deutschland zu verhindern. Die Kundgebung findet in einer historischen Stunde statt. Anders wie hier zum Massenmeeting versammelt sind, haben die belgischen Arbeiter den Generalstreik beschlossen.

Wir wissen, daß die deutsche Regierung es sich zur Aufgabe gestellt hat, die unmitttelbare Aufsicht über die faschistischen Diktatur in Deutschland durchzuführen. Wir aber legen nicht nur von dieser Stelle, sondern in ganz Deutschland: Ihr habt zu rechnen mit den Millionen Arbeitern und Arbeiterinnen, mit der revolutionären proletarischen Jugend. Ihr habt zu rechnen mit der Partei, die bei den ausgebeuteten Massen steht, die mit ihnen kämpft, die nie und nimmer vor der blutigen faschistischen Diktatur kapitulieren wird. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Mitten am letzten Sonntag wurden 17 Tote und 191 Verletzte in Deutschland gemeldet. (Stürmische Empörung.)

Ich glaube, wir können mit vollem Recht sagen, wenn die deutsche KP nicht schon vor Wochen den Kampf zur Organisierung der antifaschistischen Massenaktionen herausgegeben und die sofortige Organisierung tatkräftig in Angriff genommen hätte, dann wäre die Zahl der Opfer des

faschistischen Mordterrorors in Deutschland schon viel größer. Die Kommunisten werden alles tun, um Hitler den Weg zur Macht zu verzerren und zu verabschieden. Wir werden alles tun, um mit der roten antifaschistischen Armee die braune System-Armee Hitlers zu schlagen. Wir legen aber mit gleicher Schärfe: niemals wieder die Weimarer Republik, niemals wieder ein Kattenkönig von Notverordnungen wie unter Seeering, Brüning und Hindenburg.

Niemals wieder das Golgatha des imperialistischen Krieges mit seinen erdrückenden Lasten für das Proletariat wie in der Zeit von 1914 bis heute.

Die Aufforderung des Genossen Thälmann, den russischen Weg zu beschreiten, löste beispiellose Begeisterung aus. Mit derselben Begeisterung wurde das antifaschistische Kampfgelände abgelegt. Tausende waren sich bemüht, daß von dieser Kundgebung aus eine Welle fühnster und offenkundiger Kämpfe in den Betrieben, auf den Stempelstellen, überhaupt gegen den Faschismus aufsteigen wird.

## Mordheker und Zeigling Goebbels

Er bekam in Hagen das Zähneklappen

Der feige Mordheker Dr. Goebbels sprach vor einigen Tagen im roten Hagen. Die Arbeiterwelt bereitete ihm dort einen solchen Empfang, daß er angstglotternd aus dem Keller der Antifaschistischen Aktion nach Düsseldorf flüchtete. Was er in Hagen erlebte, war ihm so in die Knochen gefahren, daß er in der anschließenden Tagesversammlung in Düsseldorf nicht wagte, auch nur ein Wort gegen die revolutionäre Arbeiterschaft zu sagen. Aber dafür erklärte er wörtlich: „Ich will nicht verschweigen, ich bin eben durch eine verheerete

## Aufrehr in Brasilien

Nach bürgerlichen Presseberichten soll in sechs Staaten Brasiliens ein offener Aufstand gegen die Regierung Vargas ausgebrochen sein. Die Aufständischen sollen sich im Bormarsh auf die Hauptstadt befinden. Eigene Meldungen liegen zur Zeit nicht vor.

rote Stadt genommen. Die Stadt heißt Hagen. Wie Breiteres jünger waren mehrfach voll reter Betreten. Ich werde dem Reichsinnenminister v. Gahl empfehlen, einmal in die Massen hier im Westen hinabzusteigen; denn das ist schon offener Bürgerkrieg!

Der großmütige Goebbels, der, wo es für ihn ungefährlich erscheint, seine Selbstverleumdung zum Wad an Arbeitern aufpufft, zeigt sich vor den Arbeitermassen in seiner ganzen erbärmlichen Feigheit.

Die Antifaschisten werden dafür sorgen, daß Goebbels noch öfter das Zähneklappen erleben wird.

## ADGB-Vorstand erläßt nationalitätlichen Wahlaufruf

(Eig. Drahtm.) Berlin, 14. Juli.

Der Vorstand des ADGB erläßt einen Wahlaufruf für die SPD. Der Aufruf wendet sich nur mit nationalitätlichen Phrasen im Sinne von 1914 gegen die Nazis. Kein Wort steht in dem Aufruf gegen die Lohnbauforderungen des Unternehmertums und gegen die Notverordnungslosigkeit der Weimarer-Hindenburg. Dagegen wird davon gesprochen, daß die Arbeiter sich „mit Opfern“ für den Hindenburg-Staat einseufzen hätten. Der ganze Aufruf des ADGB ist ein Verfuß, das Zustandekommen der wirtlichen Einheitsfront des Kampfes gegen den Faschismus zu verhindern. Die Antwort aller Arbeiter, die gegen den Faschismus, gegen das kapitalistische System kämpfen wollen, ist Kampf in der Antifaschistischen Aktion und am 31. Juli Abgabe der Stimme für Liste 3.

## Belgische Sozialdemokratie will Grubenstreik abwürgen

(Eig. Drahtm.) Berlin, 14. Juli.

Wie aus Brüssel gemeldet wird, machen die Führer der belgischen Sozialdemokratie jetzt die äußersten Anstrengungen, um die belgische Massenstreikbewegung abzuwürgen. Auf Grund einer nichtigen Entscheidung der belgischen Parlaments fordern sie die Arbeiter auf, den Kampf abzubrechen. Die sozialdemokratischen Führer wollen aber selbst daran, daß es ihnen gelingt, mit diesem Mittel die gewaltige Streikbewegung abzuwürgen. Die belgische Polizei hat die Räume des ZR der KP Belgiens besetzt. In Brüssel kam es am Mittwoch zu Zusammenstößen mit der Polizei, die auf die Arbeiter los und mehrere verurteilte. Auch in Lüttich wurden Arbeiter verurteilt.

**Radiogeräte**  
Schallplatten  
von M. 1,00 an  
Sprechapparate  
Musikinstrumente

**Musikhaus Emil Niehle**  
Weißenfels, Kl. Kalandstraße 5

**Spaten, Schaufeln**  
Drahtgeflecht  
**Albert Bohrmann**  
Weißenfels

**J. Dickens Leder-**  
handlung / Ausschnitte u  
Schuhmacherbedarfsartikel  
Weißenfels, Jüdenstraße 24

**Bekleidung**  
kaufst du gut bei  
**Gebrüder Jakubeit**  
Dolitzsch

**Tag für Tag**  
erinnert den Geschäftsmann bei  
Euren Einkäufen  
an den  
**„Klassenkampf“!**

**Himbeersaft** . . . Pfd. 0.48  
**Zitronen-, Himbeersaft,**  
**Orangensaft** Fl. 0.45 u. 0.50

**Wurstwaren**  
Konsum-Leber- u. Rotwurst Pfd. 0.55  
Plockwurst . . . . . Pfd. 0.98  
Mettwurst, Braunsch. Art, St. 200 g 0.38  
Gekochter Schinken . . . . . Pfd. 0.32

**Fleisch-Hering-Salat**  
u. Majonaisse ¼ Pfd. **0.25**

**Heute Nachm. 3 Uhr Eröffnung**  
**„Große Ulrich = Straße 12“**

Aus tausenden Artikeln des täglichen Bedarfs eine kleine Auslese:

8 Paar Schuhenkel 100cm lang.....	25,-	Eimer ca. 28 cm. Emaille.....	50,-
Herrn-Umlegekragen Mako, 4 fach.....	25,-	Rolfilm Marke Grohag 6x9 f. 6 Aufnahme.....	50,-
Strumpfhaltergürtel Mille fleurs.....	50,-	Spezial Kernseife ca. 1200 g Frischgewicht.....	50,-
Damen-Strümpfe.....	50,-	Satz Schüssel weiß, 6 teilig.....	75,-
Damen-Handschuhe.....	50,-	Deckenbeleuchtung Bakelit.....	75,-
Bemberg Kunstseide.....	50,-	Kakao Kanne Porzellan m. Nickeldeck.....	1,-
Polokappe zweifarbig.....	1,-	Gießkanne Weißblech, ca. 8 Liter.....	1,-
Feinleinenleiste Eiform, sort. Gerüche 2 Stück.....	25,-	Holzbohl poliert.....	1,-
Pfefferminz Zahnpasta große Tube.....	25,-	Finn. Schweizerkäse.....	2,-
Einhandfeuerzeug mit Bakelitmantel.....	25,-	Span. Oelfarbinen.....	20,-
Sicherungen 6 Amp. ....	6 Stück 25,-	Hinterhaken gekocht.....	¼ Pfd. 25,-
Butterbrotpapier ganz festlicht, 125 Bl. 25,-		Erfrischungsdrops u. Pfefferminz 8 Ball 10,-	
Porzellanteller Feiton m. Goldrand Stck. 35,-		Crème Schokolade 2 Tafeln à 100 g.....	25,-

**Auch an der Jmbi = Ecke Außergewöhnliches:**  
Mittagessen, Kartoffeln, Gemüse und Braten... 35,-  
Riesbockwurst ca. 100 g m. Brötchen 15,-  
Riesbockwurst ca. 100 g m. Major-Salat 20,-  
Suppe warm oder kalt Teller 10,-

Das Gefchäft für „Alle!“  
Große Ulrich Straße 12  
Sie werden erwartet!

**Auf Kredit**  
Kinderwagen  
Klappwagen  
Sportwagen  
Wochenrate von 1 M. an

**Klingler**  
Leipziger Str. 1 | Eing. Sandberg

**Farbenkönig**  
Zeitler Farbenhaus, Neumarkstr.  
Farben, Lacke, Pinsel  
Billigste Bezugsquelle!

... und immer wieder unsere Sonderleistungen!

**Herrn-Anzüge**  
mod. tragfähige Stoffe, auf  
Robhaar u. Leinwand 28,- 19,-

**Modell-Anzüge**  
in Qualitäten, beste Arbeit,  
Brust für Maß 88,- 45,- 35,-

**Blaue Anzüge**  
garantiert reiw. Kammgarn,  
gute Verarbeitung. 88,- 45,- 35,-

**Sport-Anzüge**  
aus engl. Stoffen, imitiert m.  
Kattsch, od. Ig. H. 88,- 28,-

**Übergangs-Mäntel**  
mit blau oder engl. gemut.  
moderne Slipform 88,- 19,-

Ein Posten  
**Wetter-Mäntel**  
garantiert wasserdicht, in  
blau und farbig 21,- 18,-

**Fischer & Co.**  
G. m. b. H.  
Großes Fachgeschäft  
mit eigener Kleiderfabrik  
Merseburg, Entenplan 4

**Lebag-Lebensmittel**  
im Hause Burghardt & Becher, Leipziger Straße 10  
Donnerstag, Freitag, Sonnabend  
Verkauf solange Vorrat!

**Käse und Fette**  
Frische Molkereibutter . . . . . Pfd. 1.20  
Steinbischer Vollfett . . . . . Pfd. 0.65  
Edamer, 20 Prozent . . . . . Pfd. 0.52  
Blockschmalz . . . . . Pfd. 0.34

**Kolonialwaren**  
Bruchreis . . . . . Pfd. 0.12  
Kartoffelmehl . . . . . Pfd. 0.20  
Bruch-Makkaroni . . . . . Pfd. 0.34  
Bandnudeln . . . . . Pfd. 0.34  
Kaffee, frisch gebr. ¼ Pfd. von 0.45 an

**Konfitüren**  
Eisbonbons . . . . . ¼ Pfd. 0.20  
Eiswafeln . . . . . ¼ Pfd. 0.35  
Keksmischung . . . . . ¼ Pfd. 0.35  
Gemischte Bonbons . . . . . ¼ Pfd. 0.28

**Wolghäuhner**  
gefahren . . . Pfund von **0.60** an

**Königskuchen**  
in 4 Geschmacksricht. St. **0.50**

**Weine vom Faß**  
Apfelwein, herb . . . . . Ltr. 0.28  
Johannisbeerwein . . . . . Ltr. 0.50  
Wermutwein . . . . . Ltr. 0.65  
Erdbeer-, Aprikosen-,  
Himbeer-Konfittur, 2 Pfd. - 1. —  
Oelsardinen . . . . . ¼ - Pfd. - Dose 0.25

# „Wir sind die Antifaschisten der Tat!“

## Das politische Keilrad des Führers der KPD., Genossen Thälmann, auf dem Antifaschistischen Einheitsfrontweg in Berlin

Genossen und Genossinnen! Im Namen des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands überbringe ich einem Kongress die brüderlichen revolutionären Kampfrufe.

Unsere heutige Lage hat eine große und wichtige Bedeutung für den Klassenkampf, für den Freiheitskampf der deutschen Arbeiterklasse. Aus dem Gauen Deutschlands rücken sich die Faschisten der besten Antifaschistischen Kämpfer heute nach Berlin zu dieser Tagung, die der Antifaschistischen Aktion des deutschen Proletariats, der kämpfenden roten Einheitsfront gegen den Faschismus einen mächtigen Auftrieb geben soll.

Genossen, ungefähr 6 Wochen sind verstrichen, seit der Aufruf zur Schöpfung der Antifaschistischen Aktion vom Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands herausgegeben wurde. Seitdem die SA-Banden Adolf Hitlers durch das Diktat der Papen-Regierung wieder losgelassen sind, haben mehr als 20 antifaschistische Kämpfer unter dem Wechselmoder der nationalsozialistischen Banden ihr Leben lassen müssen. Wir können mit vollem Recht aussprechen, daß diese Zahl noch größer wäre, daß der faschistische Mordterror einen noch brutaleren und blutigeren Charakter angenommen hätte, wenn nicht schon die ersten Anfänge der Antifaschistischen Aktion den Nazis das Handwerk erschwert hätten.

### In diesen sechs Wochen haben wir eine mächtige Welle des antifaschistischen Massenkampfes

in ganz Deutschland. Tausende von Formationen des Roten Massenstreikschusses sind in allen Bezirken Deutschlands, im Norden und Süden, im Osten und Westen, wie hier in Berlin entstanden. In vielen Hunderten von Betriebsversammlungen wurde zur Frage der Antifaschistischen Aktion Stellung

genommen. Tausende von Stempelstiftensversammlungen fanden im Zeichen der Antifaschistischen Aktion statt. Gewerkschaftsversammlungen, Arbeiterportierversammlungen, Versammlungen aller Schichten der Werktätigen beschloßen die Unterstützung der Antifaschistischen Aktion.

Ja, sogar unter den armen bäuerlichen Schichten hat die Antifaschistische Aktion Überfall gefunden. So erfahren wir, daß z. B. in Südbadenberg sich bereits antifaschistische Bauernschaften gebildet haben. Wir marschieren also vorwärts, nicht nur zu Fuß, sondern auch zu Pferde. (Standruufe, Beifall.)

Tausende von sozialdemokratischen Klassengenossen, von Reichsbannerarbeitern, von freigelegten Antifaschistischen Funktionären, die auf dem Boden der SPD stehen, haben im Rahmen der Antifaschistischen Aktion praktisch den Weg zur gemeinsamen Kampffront mit ihren kommunistischen Klassenbrüdern gefunden.

Das alles, Genossen, bildet zusammen jene einfache aber schwerwiegende Tatsache, die ich in den Beginn meiner Ausführungen stelle:

**Ich meine die Tatsache, daß in Deutschland im Zeichen der Antifaschistischen Aktion von uns Kommunisten gemeinsam mit einem großen Teil der sozialdemokratischen Arbeiter praktisch die Einheitsfront herbeigeführt wird!**

Diese Tatsache besteht. Diese Tatsache ist nicht wegzuleugnen. Und das ist das Gegenteil von jenen Erklärungen des sozialdemokratischen Parteivorstandes, der seine Mitglieder und Organisationen vor lauten Verhandlungen mit den Kommunisten warnt. Das ist das Gegenteil zu jenen Worten sozialdemokratischer Führer, wie des „Vorwärts“-Chefredakteurs Stämpfer über „Bedingungen“ für die Einheitsfront.

Das ist der Unterschied, Genossen:

## Nicht „Burgfrieden“, sondern antifaschistische Tat!

Dort gerichtet man sich den Kopf, wie man die Organisationen von der Einheitsfront fernhalten kann.

Dort gerichtet man sich den Kopf, was man den Kommunisten für „Bedingungen“ zur Beteiligung der Einheitsfront stellen kann.

Dort gerichtet man sich den Kopf, wie man hat das gemeinsame wirtschaftliche Kampfes der sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter gegen den Faschismus einen Führerhelfer, einen „Burgfrieden“ zustande bringen kann, durch den Mandate und Ministerposten der SPD-Führer gerettet werden könnten.

Und hier bei uns, im Zeichen der Antifaschistischen Aktion, wird praktisch die kämpfende rote Einheitsfront geschmiedet!

Die Frage der Einheitsfront gegen den Faschismus, des geschlossenen Kampfes aller klassenbewußten Arbeiter, Arbeiterinnen und Jungarbeiter und der Werktätigen aus den übrigen Schichten, die bereit sind, mit der Arbeiterklasse zu marschieren — das ist die Lebensfrage für das deutsche Proletariat! Das ist die Frage, die heute jeden Arbeiter beschäftigt. (Sehr richtig! Beifall! Zustimmung.)

Und auch diese Frage muß man eine klare, scharfe und einfache Antwort geben, wenn man den Anspruch erhebt, dem Proletariat einen Weg in der heutigen Situation anzuweisen, der faschistischen Lohndiebstahl aufzuheben.

Dieser Kongress ist keine Parteiangelegenheit, sondern eine Sache der Berliner Arbeiterklasse, eine Sache, die das ganze deutsche Proletariat angeht. Das wissen die sozialdemokratischen Genossen, die hier anwesend sind, und die an der Wahl der Delegierten teilgenommen haben, sehr wohl. Und ihr, sozialdemokratische Genossen, habt Euch in die Antifaschistische Aktion eingereiht, ohne deshalb aufzuwachen Sozialdemokraten zu sein. Wir wissen sehr gut, daß ihr nicht zögelt, von heute auf morgen, Kommunisten werden wollt. Aber mit einem Eud, daß ihr entschlossen seid, das was ihr eben so wollt, wie wir Kommunisten, nämlich den Faschismus schlagen, — das mit uns gemeinsam durchzuführen! (Beifall.)

Und genau ebenso, wie es für uns klar ist, daß ihr auch in den Reihen der Antifaschistischen Aktion, auch in der roten Einheitsfront als sozialdemokratische Arbeiter euch nicht plötzlich in Kommunisten verwandelt, genau so wird es auch klar sein, daß wir, wenn wir hier die Sache der Antifaschistischen Aktion einleiten, damit ja gleich unsere Unzufriedenheit als Kommunisten erfüllen!

Ja, Genossen, für uns gilt das Wort von Karl Marx und Friedrich Engels aus dem kommunistischen Manifest, daß es niemals einen Unterschied zwischen den Interessen der Arbeiterklasse und den Interessen der Kommunisten geben kann. (Beifall! Beifall.)

Das Parteiinteresse der kommunistischen Partei ist immer in voller Übereinstimmung mit dem Klasseninteresse des Proletariats!

Und darum, wie das Klasseninteresse des Proletariats die kämpfende Einheitsfront gegen den Faschismus erfordert, haben wir, wir Kommunisten in den burgundischen nicht einmal zu überlegen, ob wir für dieses notwendige Klasseninteresse der Arbeiter einleiten, oder etwa „Bedingungen“ dagegen stellen sollen.

Wir handeln einfach, entsprechend diesem Klasseninteresse. Und wir wissen, daß wir gade damit zugleich im Interesse unserer Partei handeln, die unauflöslich und unzerbrechlich mit der Arbeiterklasse verbunden ist.

Wir stellen kein, Bedingungen für die proletarische Einheitsfront auf, außer der einen: daß die sozialdemokratischen Klassengenossen, die die Einheitsfront mit uns schließen wollen, bereit sind, gemeinsam mit uns gegen den Faschismus zu kämpfen. (Lärmender Beifall.)

Wir denken nicht daran, aus der Frage der proletarischen Einheitsfront einen rein Führerstreik zu machen, ein Schachergeschäft zwischen zwei Parteien, mit gegenseitigen Bedingungen, Vertragskäufen und Paragraphen.

Das alles ist Schwindel, um die Massen vom Kampfe abzuhalten. Und solchen Schwindel machen wir nicht mit.

Wir denken nicht daran, darauf zu verzichten, eine Politik zu bekämpfen, die so schädlich, verwerflich und verhängnisvoll für die Arbeiterklasse ist, wie die Brüning- und Hindenburg-Politik der ADGB- und SPD-Führer.

Wer das von uns verlangt, wer das als „Bedingung“ für die Einheitsfront aufstellt, der fordert nicht mehr und nicht weniger, als daß die kommunistische Partei sich nicht auf eine, eine kommunistische Partei zu sein. (Sehr richtig.)

Das ist es einmal überhaupt zu formulieren, daß der Genosse Thälmann sich von heute auf morgen in Moske oder Zöte gabel verwandelt. (Sehr richtig, Zustimmung.)

Kein denkender sozialdemokratischer Arbeiter wird das von uns erwarten oder auch nur wünschen. Denn es wäre das tiefste Verhängnis für die deutsche Arbeiterklasse!

Aber was wir wollen, was wir unter proletarischer Einheitsfront verstehen, das will ich mit klaren und ungewöhnlichen Worten aussprechen. So deutlich, daß kein Stämpfer, kein Künzler, kein Brechtel und kein Belsa daran herumdenken kann:

## Wohin hat die Weimarer Republik geführt?

Wie ist die Lage heute in Deutschland? Ich will nicht viele Sätze prägen über das Millionenelend in Stadt und Land. Die grauen Kolonnen der Entschlossenen an den Schwelldes fernwärtigen Armut und Not. Immer breitere Massen begehren es, daß die kapitalistische Profitwirtschaft die Quelle des Elends ist, das sich mit der Verschärfung der Krise und gesteigert durch die Weltwirtschaft über die Millionenmassen der Werktätigen Deutschlands ergießt.

Mit dem Sturz Brüning, mit der Einsetzung des Kabinetts Papen-Schleicher-Göpl durch die herrschende Klasse hat diese eine bedeutungsvolle Wendung vollzogen.

Die Saat ist aufgegangen, die seit dem Verbots des Roten Frontkämpferbundes durch den damaligen Reichsinnenminister Kampfering, seit den Notverordnungen Brüning und Goerens gesät wurde. Sie hat heute in Deutschland zur Gänze aufgegangen und kann aussprechen: das, was heute in Deutschland ist, der freie Frontalangriff der Bourgeoisie auf alle Rechte und ihre Organisationen, — das ist die Krönung jener Politik, die seit 1918 von allen Regierungen in Deutschland betrieben wurde.

Mit der Niederlegung von Sparatras, der Absetzung der Soldatenräte, der Wiederbesetzung und Wiedereinsetzung des monarchistischen Offiziersregimes, mit der Aufstellung der konterrevolutionären Freikorps durch Rössel, Lüthig und Seest hing es an.

Zuerst nannte es sich „Rat der Volksbeauftragten“ oder „rein sozialistische Regierung“ und das Programm nannte sich: „Der Sozialismus marschieren“.

In Wirklichkeit aber war es Entmachtung des Proletariats und Bewehrung der Konterrevolution.

Dann nannte es sich „Weimarer Koalition“, „Schwarz-rot-gelbes Front der Republikaner“. Und das Programm hieß: „Der Feind steht links“.

In Wirklichkeit aber war es Stabilisierung der kapitalistischen Klassenherrschaft, Republikstuhlegeh, das feinen Faschisten, aber hunderte revolutionärer Arbeiter auf Tausende von Jahren ins Zuchthaus und Gefängnis sperren!

Dann hieß es „Große Koalition“ und das Programm nannte sich „Völkerverständigung“, „Wirtschaftsdemokratie“, „Einheitsmaßnahmen in der Sozialismus“.

In Wirklichkeit aber gab es Panzerkreuzer, 33 Tote am 1. Mai 1929, gab es Verbot des Roten Frontkämpferbundes und mögliche Auslöschung des Proletariats durch Nationalisierung, Panzerflugerei, und immer neuen Eudern und Unterdrückungsmaßnahmen.

Dann hieß es „Regierung des kleineren Mebes“ und das Programm nannte sich „Schuh vor dem Faschismus“!

In Wirklichkeit aber regnete es immer neue Notverordnungen, Demonstrationenverbote, Gewaltmaßnahmen, Ausplünderung an Löhnen, Unterführungen, mit Steuern und Zollraub, Aufhebung des Hitlerfaschismus, Entrechtung der Arbeiter, der Arbeiterinnen und besonders der wertvollsten Jugend.

Dann kam die Hindenburgwahl und das Programm nannte sich „Schlag den Faschismus“!

Und dann jagte Hindenburg seinen treuen Diener Brüning

Wir wollen, daß die kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeiter gemeinsam gegen den Faschismus kämpfen!

Wir wollen, daß alle Arbeiter ohne Unterschied ihrer Parteizugehörigkeit gemeinsam alle Methoden des Massenkampfes gegen die faschistischen Anschläge zur Anwendung bringen! (Beifall.)

Wir wollen, daß gegen den Mordterror der Nazis, der von der Papen-Regierung entfesselt und legalisierten Mordkolonnen in ihren braunen Notverordnungsakten, der gemeinsame rote Massenstreik und alle klassenbewußten Arbeiter geschlagen wird. (Beifall.)

Wir wollen, daß gegen die Diktatur, Notverordnungen der Papen und Schleicher, aber auch der Länderregierungen, wie Braun-Sebering in Preußen, der gemeinsame Massenkampf aller Arbeiter ohne Unterschied ihrer Parteizugehörigkeit, ohne Unterschied, ob organisiert oder unorganisiert, ob christlich oder freidenkerlich, eingeleitet wird!

Wir wollen, daß gegen die Aufrichtung der faschistischen Diktatur, gegen die Verschärfung der Freiheit und aller Rechte der Arbeiterklasse, gegen die Unterdrückung der proletarischen Organisationen, der Briefe, Versammlungen und Demonstrationen des Proletariats, gegen alle Verbotsmaßnahmen der Papen-Regierung die Arbeiter aller Richtungen und aller Organisationen gemeinsam und brüderlich den politischen Massenstreik organisieren! (Beifall! Beifall! Beifall.)

Das sind unsere Vorschläge für die kämpfende rote Einheitsfront.

Das ist unsere Antwort auf die „Bedingungen“ des Herrn Stämpfer, unsere Antwort auf die „Wartungen“ des sozialdemokratischen Parteivorstandes vor der Einheitsfront.

Die deutsche Arbeiterklasse mag selber prüfen und entscheiden, welche Politik richtig ist: die der „Bedingungen“, der „Wartungen“, d. h. des Kampfes gegen die Einheitsfront oder die Politik der Vorkämpfe für den gemeinsamen Massenkampf aller Arbeiter gegen die faschistischen Lohndiebstahl des Volkes!

Es ist klar, welche Entscheidung die Massen treffen. Die Tatsache, daß die Antifaschistische Aktion wächst und sich ausbreitet, daß das Banner des antifaschistischen Freiheitskampfes immer färblicher von immer breiteren Massenmassen in Deutschland entfaltet wird — das ist die Entscheidung für die kämpfende rote antifaschistische Einheitsfront! (Beifall!)

Wir sagen mit einem Wort von August Bebel: Nicht auf die Worte kommt es an, sondern auf die Taten! Die Wirklichkeit, das Leben selbst mit seinen täglichen Kämpfen zwischen der proletarischen Klasse und ihren Lohndiebstahl, bringt die Lösungen der Antifaschistischen Aktion zur Geltung!

weg, setzte Papen und Schleicher ein, sich die SA, legalisieren und marschieren und wir haben dort, wie heute sehen:

Die Bourgeoisie über die unmittelbare Aufrichtung der faschistischen Diktatur über Deutschland begonnen!

Die Leute, die den Massen des arbeitenden Volkes erzählten, die Republik von 1918 sei ihr Staat, die Reichswehr des Herrn von Schleicher sei ihr Volksherr, der faulerische Generalstab marschall sei ihr Kandidat gegen den Faschismus, haben den Massen solange zugebetet, sich auf die Schultern Hindenburgs zu stützen, bis diese Schultern sich in die Gabeln der faschistischen Diktatur verwandelt haben!

Und heute, wo die Saat aufgegangen ist, wo die herrschende Klasse bei der Ausübung ihrer Diktatur vor den heiligsten Grundsätzen, Methoden übergeben, kommen diejenigen Leute, die noch vor wenigen Wochen zur Wahl Hindenburgs trommelten, und geben die Lösung aus, für eine „weite Republik“ zu kämpfen.

Es ist das eine Lösung gegen den Faschismus?

Gibt es im Klasseninhalt einen Unterschied zwischen der Republik von 1918 und 1919, der Republik von Weimar, und der faschistischen Diktatur, wie sie von den Papen-Schleicher und Hitler aufgerichtet wird?

Wer das behauptet, der betrügt die Massen. Wer das behauptet, der will alle Lehren der geschichtlichen Erfahrungen von 1918 bis heute den Massen vorhalten und verdrängen! Die Lösung der sogenannten „weiten Republik“, d. h. zurückgehen zur Weimarer Republik 1918/19 — das ist keine Lösung gegen den Faschismus, sondern ein Massenbetrug!

Das bedeutet, daß man die Massen abermals für jenen 14jährigen Lebensweg einspannen will, der in der Republik bei Ebert und Haase begann und bei Papen, Schleicher und Hitler endete!

Wir sagen:

Nicht die Weimarer Republik, die Novemberrepublik ist vom Faschismus besetzt worden, sondern im Gegenteil: der Klasseninhalt der Weimarer Republik, die Diktatur der Bourgeoisie, hat im Faschismus, im Regime der Papen und Hitler ihre Erfüllung, ihre Vollendung, ihren krassesten, unverbülltesten Ausdruck gefunden!

## Kampf gegen Faschismus ist Kampf gegen Kapitalismus

Wir sagen:

Wer wirklich gegen den Faschismus kämpfen will, der darf nicht den Massen das trügerische Banner der bürgerlichen Demokratie vorantreiben, der darf ihnen nicht vorlügen, daß Demokratie und Faschismus ein entgegengesetztes System seien, von denen man das eine schlagen konnte, indem man das andere verteidigt, sondern der muß klar aussprechen:

# Kampf gegen den Faschismus — das ist Kampf gegen das kapitalistische System, proletarischer Klassenkampf!

Kampf gegen den Faschismus kann nicht geführt werden mit dem Ziel, an die Stelle der offenen Verfechter der faschistischen Diktatur wieder ihre Wegbereiter zu setzen, an die Stelle Papens wieder Brüning, an die Stelle Schleichers wieder Groener oder Bötticher, sondern nur mit dem Ziel, die herrschende Klasse vernichtend zu schlagen und der Arbeiterklasse, den Werktätigen die volle Macht unter Hegemonie des Proletariats zu erringen. (Bravo, lebhafte Zustimmung.)

Wer an einer Politik festhält, die Brüning küßte, die Hindenburg erneut an die Macht brachte und die faktisch zu Papen und Hitler führte, der kämpft nicht gegen den Faschismus, sondern hilft dem Faschismus!

Wer den Faschismus schlagen will, muß für eine Arbeiter- und Bauernregierung und für ein freies sozialistisches Deutschland kämpfen!

Wer den Faschismus endgültig schlagen will, muß dafür kämpfen, daß an die Stelle der Reichsmehr Gustav Noske und des Herrn von Schleicher und der Schupo der Herren Seeger, Brüning und Brüning die Machtorgane der siegreichen Arbeiterklasse treten: eine proletarische Armee und eine Arbeitermiliz! (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Wenn die deutschen Arbeiter in der schwersten und überaus ernsten Situation, die gegenwärtig vorhanden ist, angefaßt der ungeheuren faschistischen Bedrohung erfolgreich kämpfen wollen, dann müssen sie die Lehren aus der Vergangenheit ziehen. Das vergessen, was geschehen ist und was zu der heutigen Lage geführt hat, sich mit Worten über die Vergangenheit hinwegsetzen — das wäre das größte Verhängnis!

Der Arbeiter derlei vorschlägt, wer ihnen sagt: „Nicht alles Vergangene vergessen sein!“, — der schlägt ihnen die Waffen für den heutigen Tag aus der Hand!

Ohne Klarheit können wir den Feind nicht schlagen! Und wir müssen ihn schlagen, wenn wir die Existenz unserer Klasse, die Freiheit der proletarischen Bewegung und die sozialistische Zukunft des deutschen Proletariats verteidigen und sichern wollen.

Was die Papen, Schleicher, Goul und ihre Helfer, die Hitler, Goebbels und Straßer, treiben und planen, das bedeutet, die deutsche Arbeiterklasse auf das Niveau der ausgebeuteten malajischen Kolonialsklaven oder chinesischen Kulis herabzudrücken.

Ein Verbot der kommunistischen Partei und aller revolutionären Klassenorganisationen des Proletariats — das ist eine Kriegserklärung gegen jeden Arbeiter in ganz Deutschland!

Und wir sagen der herrschenden Klasse offen: Wir sind gewillt, daß die Millionenmassen des deutschen Proletariats diese Kriegserklärung, die in den Verbotsgesetzen der Papenregierung liegt, beantwortet werden mit dem immer entschlosseneren Kampfe an allen Fronten in ganz Deutschland bis zur Beseitigung der Papen-Regierung! (Beifall.)

Die kämpfende proletarische Einheitsfront hat im November 1918 das massenstarrende wilhelminische Deutschland auf den Reichshäufen der Weltgeschichte befördert. Freie und jämmerlich vertrieben sich damals die monarchistische Offiziersmunde und das feudale Zunftgefüge.

Die kämpfende rote Einheitsfront des Proletariats hat 1920 die Kapp-Deutscher-Regierung der Junker und Generale in wenigen Tagen gestürzt.

Die kämpfende rote Einheitsfront hat 1923 mit der Waffe des Generalstreiks Einosa Diktatur zu Fall gebracht.

Wenn die Papen und Schleicher glauben, daß sie, gestützt auf ihre Brigaden und Maschinenwandre, die Hitlerischen Terrorbanden, unantastbar seien, so täuschen sie sich. Wenn sie sich einbildern, mit Verboten und Diktaturverordnungen, mit blutigem Terror und mit brutaler Gewalt die Arbeiter niederzuschlagen zu können, so täuschen sie sich.

Die Millionenmassen des deutschen Proletariats sind eine Fatale, die keine Notverordnung des Herrn von Papen und kein Regimentsbefehl des Herrn von Schleicher aus der Welt schaffen kann.

Diese Millionenmassen und ihr Freiheitswille und ihr Kampfwille und die Vorbereitung dieses Kampfs und Freiheitswillens, die revolutionäre Partei des deutschen Proletariats werden noch bestehen, wenn die Geschichte über Papen und Schleicher fängt zur Tagesordnung geschritten ist. (Beifall.)

Wenn heute in Deutschland die Führer der Hitlerpartei dank der Politik der SPD-Führer sogar im roten Berlin die freche und profaschistische Drohung aussprechen konnten, daß es ungegen 1. Mai auf dem Reichstag noch begehren können, wenn die faschistischen Landstrolähe, die Sohlenpolsterbrut, die sich wieder in Deutschland breitmachen, glaubt, Deutschland in marzifrenzen zu machen zu können (Zwischenrufe: „Niemals!), so antworten wir ihnen:

Ihr Verdet euch an der granitnen Millionenfront der antifaschistischen Aktion die Zähne ausbeißern! (Bravo und großer Beifall.)

Die Stiefel der marschierenden Arbeiterbataillone werden früher oder später auch die braune Wurdpeiß in Deutschland niederstampfen und den faschistischen Muechelord endgültig auslöschen! (Stürmische Zustimmung.)

Allerdings wird uns der Sieg über die Volksfeinde, über den Faschismus nicht in den Schoß fallen. Es gibt keinen größeren und schmerzloseren Betrug an den Massen, als wenn man ihnen erzählt: „Die Faschisten werden sich schon abwickeln lassen“, sagt sie schon regieren!

Nein, Parole des „Kampflagers“, wie sie Seeger in seiner Zeit prägte, muß auch für die gebornen und zurückgewiesenen werden. Sie ist ein Schlag ins Gesicht jeden Antifaschisten, genau ebenso wie das Wort Seegers in seiner Reichstagsrede, mo er der Papen-Regierung beifällig, daß sie „gute Patrioten und von dem guten Glauben an den Erfolg ihrer Arbeit besetzt seien“. Auch das ist ein Schlag ins Gesicht aller antifaschistischen

sozialdemokratischen Arbeiter. Und in den letzten Tagen schrieb der gleiche Seeger im „Vorwärts“ vom 9. Juli wörtlich: „Ich halte mich für beugt, dem „Vorwärts“ zu beheimigen, daß er die Arbeiter der Regierung des Reiches und Preußens stets nach besten Kräften gefördert hat. Es hat an der Arbeit der Kabinette mit deutschnationalen Männern anerkannt, was angerechnet war.“

# Was erfordert der antifaschistische Kampf?

Der antifaschistische Kampf erfordert, daß wir in den Betrieben und auf den Stampeffellen alle Arbeiter zum Kampf gegen jede Unterdrückungs- und Raubnahme der Bourgeoisie mobilisieren. Antifaschistischer Kampf — das bedeutet, daß wir den roten Massen selbstbewußt gegen den braunen Vorberer kämpfen! Das bedeutet, daß wir unter allen proletarischen und werktätigen Schichten den Kampf um die Zerstückelung der Hitler-Desmagogie, um die Zurückgewinnung der vom Hitler-Faschismus izeigehüteten und veräußerten Massen in die Klassenfront des Freiheitskampfes betreiben!

Das bedeutet, daß wir angefaßt des neuen Tributgottes von Kautzner die nationalfaschistische Desmagogie der Bourgeoisie und ihrer Hitler-Papen vor den Massen entlarven und aufheben, daß nur der revolutionäre Ausweg aus der Krise durch den Sieg des Proletariats zugleich den Weg zur Freiheit von der imperialistischen Versailles-Sklaverei bringt!

Das bedeutet, daß wir die Streiks und Massenaktionen gegen Lohn- und Unterdrückungsraub, gegen die Zerstückelung der letzten Reste der Sozialversicherung, gegen Unternehmerrückgrat, gegen Zwangsarbeit organisieren und durchführen!

Antifaschistischer Kampf — das bedeutet, daß wir in ganz Deutschland rufen und trommeln für den politischen Massenstreik, für den Generalstreik, um damit die faschistischen Machthaber zu schlagen und die faschistischen Anschläge abzuwehren!

Antifaschistischer Massenstreik! — das bedeutet, daß wir den 31. Juli nicht als einen Tag ansehen, wo man mit dem Stimmzettel, mit einem Stimmzettel die Machtverhältnisse verändern könnte — denn das ist ein einfacher Tag (Stimmzettel), auf den heute nach allen bitteren Erfahrungen der vergangenen

Wir müssen offen aussprechen, daß mit solchen Papen und solchen Machthabern eine neue Fokierungspolitik für die Papen-Schleicher-Regierung angeleitet wird, wie sie heute in Preußen schon von der dortigen geschäftsführenden Regierung praktisch betrieben wird.

Mit antifaschistischem Kampf hat das alles nichts zu tun!

Wahlen kein Klassenbewußter Arbeiter mehr hereinfallen darf! — sondern daß wir diesen 31. Juli in den Dienst der Massenmobilisierung für den außerparlamentarischen Massenstreik stellen.

Wir müssen den 31. Juli zu einem Millionenbekennnis für den antifaschistischen Freiheitskampf machen. Dabei gilt es, alle Maßnahmen an die Wahlfahrt heranzubringen, alle antiparlamentarischen Stimmungen zu überwinden, damit der 31. Juli ein mächtiger Antriebs für die antifaschistische Aktion, ein mitreisendes Bekenntnis zur Sache des revolutionären Proletariats und zur einzigen antifaschistischen Kraft ergibt!

Antifaschistischer Massenstreik! — das bedeutet, alle Kampfmethoden anzuwenden und alle Kampforgane zu schaffen, um einen neuen roten Vormarsch der Arbeiterklasse durchzuführen!

## Dazu ruft die Antifaschistische Aktion!

Die Antifaschistische Aktion — das ist die neue Organisation neben den alten. Denn wir brauchen keine neuen Organisationen. Antifaschistische Aktion — das ist die lebendige Wirklichkeit der von unten her, von den Massen der arbeitenden, kämpfenden roten Einheitsfront gegen den Faschismus!

Mit besonderem Nachdruck muß sich die Antifaschistische Aktion die Aufgabe stellen, die Massen des Jungproletariats, die von den Massen der Familienökonomie, von den Massen der Arbeitslosigkeit, der faschistischen Verhaftung und nationalfaschistischen Bedrohung am meisten bedroht werden.

# Die Freiheitsarmee der antifaschistischen Kämpfer gegen die faschistischen Machthaber

Die Machthaber von heute wollen Küstungspolitik, militaristische Verheerung der Jugend und imperialistische Kriegsbegehr! Die Massen wollen weder Militarismus noch Krieg!

Die Machthaber von heute wollen die Hungerpeinliche Schwärzer kapitalistischer Schafschäfer über die arbeitende Bevölkerung schwingen und das herrschende Elend vervielfachen. Die Massen wollen nicht länger Not, Hunger, Armut und Elend kamplos erdulden!

Die Machthaber von heute wollen beispiellose Reaktion, brutalen Terror und Unterdrückung des arbeitenden Volkes, Verbote, Verbote und immer neue Verbote.

Die Massen wollen sich nicht länger entziehen, unterdrücken, knechten und mit Füßen treten lassen.

So schart sich die Klassenfronten in Deutschland geschieden: Dort die Tributarmee der herrschenden Klasse in ihren Notverordnungsakten! Dort die Unternehmerrückgrat! Dort das faschistische Rutenbündel! Hier die Freiheitsarmee aller antifaschistischen Kämpfer für ein neues, freies, sozialistisches Deutschland!

Die Freiheit und Zukunft marschieren in unseren Reihen — in

den Reihen der Antifaschistischen Aktion, die heute schon eine Bewegung von vielen Hunderttausenden der besten Klassenkämpfer ist und morgen die Millionenbewegung aller Antifaschisten sein wird!

Die antifaschistischen Kämpfer in Deutschland denken bei der Behandlung der Probleme des Kampfes gegen den Faschismus an die Ereignisse in Italien. Das italienische Beispiel mahnt nicht nur das Weltproletariat, sondern geht vor allem auch der deutschen Arbeiterklasse in der heutigen Situation, daß jedes Zögern und Zaubern majohles Elend herozurufen würde.

In Italien wird der Arbeiter ignantiert. In den Sparstümpfe verzeeden Tausende der besten antifaschistischen Kämpfer. In den italienischen Städten kreuzen hungernde Kinder den Heißenden ihre Hände entgegen. Die Kleingewerben werden in Italien von der Steuerlawine immer mehr zermalmt und von der Skolle verlagert. Der Dui Hillers, dieses Landstrolähe der Industriellen und Kuntler nach dem sogenannten „Dritten Reich“ zeigt, daß die Faschisten auch in Deutschland die Tyrannen und Barbarei Mussolinis aufziehen wollen.

In Italien haben die führenden Reformisten vom Schlage D'Agonias sich offen zum Faschismus bekannt. Das ist eine ernste Warnung für die sozialdemokratischen und freiwirtschaftlichen Arbeiter auch in Deutschland.

# Das einzige Land ohne Faschismus

Wir kennen ein Land, in dem es keinen Faschismus gibt, wo es unentbehrlich wäre, daß die faschistischen Muechelord auf den Straßen der Arbeiterviertel ihr blütiges Handwerk ausüben könnten wie in Deutschland: das ist die Sowjetunion!

Dort herrscht nicht die Diktatur der Bourgeoisie, wie in allen kapitalistischen Ländern, in den Ländern der Demokratie und des Faschismus. Dort herrscht die proletarische Diktatur, die eine Diktatur der gewalttätigen werktätigen Millionenmassen über eine ganz geringe Minderheit der Kapitalisten, der Ausbeuter darstellt und die wirkliche proletarische Demokratie ist. Dieses Land, in dem es keine Erwerbslosigkeit gibt, zeigt den Proletariats aller Länder das große Beispiel des revolutionären Auswegs und des Aufbaues des Sozialismus (Stürmische Zustimmung.)

So fassen wir uns in unserem antifaschistischen Kampf auf engste verbunden mit dem internationalen Proletariat. Der Kampf gegen den Faschismus in Deutschland, das ist zugleich der Kampf für die Verteidigung der Sowjetunion, das ist zugleich der Kampf für die Verteidigung der Sozialisten in Italien, Polen, auf dem Balkan (Lebhafte Zustimmung.)

Wir senden von dieser Stelle allen antifaschistischen Kämpfern, die in den Gefangnissen und Zuchthäusern schmachten, die brüderlichen und revolutionären Grüße. (Bravo!)

Wir geben an heutigen Tage aller jener namenlosen Kämpfer, die auf dem Schafstapel der Freiheit im Kampf gegen den blutigen Faschismus von uns gerufen wurden. (Der Kongreß erhebt sich.) Ich stelle fest, daß der Kongreß sich zu Ehren der gemeinlichen und gefallenen Freiheitskämpfer von den Sigen erhoben hat. Ich danke euch!

Wir erheben besonders unser Stürmbanner gegen die imperialistischen Kriegsverbrecher. Wer ein Land wie die Sowjetunion an der Gurgel faßen will, der greift die Lebensinteressen des Proletariats in Deutschland und der ganzen Welt an und wird es mit den revolutionären Arbeitern in den ganzen Welt zu tun bekommen! (Beifall, langanhaltender Beifall.)

Eine heilige Tagung kann, wenn wir alle gemeinsam unsere Pflicht erfüllen, eine große Bedeutung für die kommenden Kämpfe gewinnen. Von hier aus muß ein lebendiger Strom des Einheitswillens und des Kampfwillens in die Lande hinausgehen, der Hunderttausende mit sich reißt und zu antifaschistischen Freiheitskämpfern macht.

Hier soll nicht nur durch die Wahl eines vorläufigen

## Reichsausschusses der Antifaschistischen Aktion

ein Organ geschaffen werden, das die zahlreichen in ganz Deutschland bestehenden Körperchaften der proletarischen Einheitsfront zu einer großen, gemeinsamen Freiheitsarmee zusammenfaßt und leitet.

Hier soll der Auftakt für die beginnende Antifaschistische Kampfnahme gegeben werden.

Hier soll zugleich durch die Annahme eines

## Manifestes der Antifaschistischen Aktion

ausgesprochen werden, was die Ziele sind, für die wir die Einheitsfront der Arbeiter ohne Unterschied ihrer politischen und sonstigen Organisationszugehörigkeit für die jetzigen Kämpfe schieden wollen.

Hier soll schließlich ein

## Kampfgelöbnis der Antifaschistischen Aktion

beschlossen werden, das in Zukunft in jeder Arbeiterversammlung von den Massen feierlich beschloßen und bekräftigt werden soll und das, in wenigen Sätzen zusammengefaßt, das Wollen und die Zielsetzung der Millionen antifaschistischen Freiheitskämpfer von ganz Deutschland zum Ausdruck bringen muß.

So wie im Freiheitskampf der chinesischen Arbeiter und Bauern lange Zeit hindurch in allen Versammlungen der chinesischen Werktätigen der Brauch bestand, das Testament Sun-Yat-Sens, des großen nationalrevolutionären Führers, zu Beginn feierlich zu verlesen, so muß es in Zukunft

## eine Ehrenpflicht der Klassenbewußten Arbeiter, sein, in jeder Zusammenkunft von Proletariats das Kampfgelöbnis der Antifaschistischen Aktion gemeinsam zu sprechen.

So wollen wir uns, wir deutschen Arbeiter und Antifaschisten, jederzeit ins Bewußtsein rufen, welche Kampfpaßbänder vor uns stehen und gelöst werden müssen, wenn wir unsere Pflicht als Klassenbewußte Arbeiter und antifaschistische Freiheitskämpfer erfüllen wollen.

Gesonne, ich schlage eurem Kongreß diese beiden Dokumente: Das Manifest der Antifaschistischen Aktion und das Kampfgelöbnis der Antifaschistischen Aktion zur Annahme vor.“

Gesonne Thälmann schließt mit der Verlesung des Kampfgelöbnisses der Antifaschistischen Aktion unter hitzigem Beifall des Kongresses.







# Antifaschisten an die Klassenfront! Mobilisiert die Arbeiter und Werttätigen zum Kampf für die Antifaschistische Aktion!

## Gefürzte Nazi-Säule!

U. A. Petersberg. Die Einwohnerschaft hat durch den Gemeindevorsteher Hilfe einen kleinen Vorgefsmad vom „Dritten Reich“ bekommen. Lade er künftig mehr in der Wirtschaft, in trauer Gemeinschaft mit seinen Gefinnungsgenossen aus den Kreisen der Nazis, anzutreffen, als zu Hause. Mit allen Mitteln verjuchte er diktatorische Maßnahmen gegen die Arbeiterschaft durchzuführen. Die Erwerbslosen wurden durch diesen Gemeindevorsteher ischaniert, wo es nur irgend möglich war.

Eines Tages aber hatte die Gemeindefasche ein Laoh! Er versuchte es anzuklopfen, indem er einen Einbruch markierte. Als die Polizei erschien, versuchte dieser Gemeindevorsteher den Anführern zu fliehen und beschlog sogar die Gemeindefasche, Kommunisten des Einbruchs zu beistimmen. Es half ihm aber alles nichts, er wurde der Tat überführt und wird jetzt wahrscheinlich Gelegenheit haben, darüber nachzudenken, wie es den hungernden Erwerbslosen geht.

Es trifft zweifellos zu, daß auch unter den Kleingewerbetreibenden große Not herrscht. Wenn diese aber darauf ausgehen, die Werttätigen noch zu unterdrücken, wie es hier der Fall war, dann muß dies auf das Schärfste zurückschlagen werden. Geht der Sturz der kapitalistischen Gesellschaft und der Aufbau des Sozialismus dann für alle Arbeiter, wie auch für alle hungernden Kleingewerbetreibenden und Mittelländler Brot und Freiheit bringen.

## Wer bezahlt das Schafschlehen der Nazis?

U. A. Sperstedt. Unschuldig findet in der Sperstedter und Kudenburger für Schafschlehen statt. Wie festgestellt werden konnte, kommen dafür drei Hauptkräfte in Frage, die den Nazis angehören. In der Nacht vom 9. zum 10. Juli eröffneten diese Parteien ein Schnellfeuer. Etwa 70-80 scharfe Schüsse aus Karabinern, Pistolen und Jagdgewehren wurden von der Schusslinie nach einem 500 Meter entfernten Liegenden Orientbleie abgegeben, das dem Rittergutbesitzer Hagengut aus Döhlitz gehört. Zu diesen Hauptkräften gehört auch der ehemalige „Kommunist“ Schmitt, wohnhaft in Oberforstendel im Armenhaus, jetzt ein SA-Führer. Er soll geküßert haben, er schloß alles nieder, was er auf dem Felde antreffe. Dieser schiefhütige Nazi scheint selbst dem Amtsvorsteher von Döhlitz, der ihn angestellt hat, nicht ganz sicher zu sein. Dort hat er einen Akteurs unterschreiben müssen, daß er von seiner Schießweise nur Gebrauch machen darf, wenn er angegriffen wird. Deshalb die Frage: Wer hat diesem Nazi den Waffenschein besorgt, der mit dem Gewehr ungehindert unter dem Arm, den Lauf nach vorn, provozierend auf der Dorfstraße umherläuft?

Der kürzgen hat Schmitt in den Sozialdemokraten Regent aus Döhlitz auf offener Straße mit dem Gewehr bedroht. Auf telephonische Anfrage des Regent beim Landrat in Quersfurt soll dieser geantwortet haben, daß er nichts davon wisse, daß Schmitt als Feldhüter angestellt sei. Hier muß der Amtsvorsteher eine Erklärung abgeben, von welcher Seite dieser Nazi bezahlt wird.

Die Einwohner von Sperstedt, Kudenburg und Döhlitz erheben schärfsten Protest gegen diese Mordanschläge, erklären aber gleichzeitig, daß sie sich derartige Provokationen nicht dauernd gefallen lassen werden. Immer mehr erkundet die Arbeiterschaft, daß der Zusammenschluß in roter Einheitsfront eine zwingende Notwendigkeit ist.

## Ein Beispiel für alle!

U. A. Fassendorf. Der Genosse Wilhelm konnte am Sonntag umsehen:

- 31 Plaketten der Antifaschistischen Aktion,
- 25 Kampfbros-Marken à 10 Pf.,
- 3 Kampfbros-Marken à 5 Pf.,
- 4 Broschüren à 10 Pf.,

Außerdem wurden 80 Pf. auf Sammellisten gezehnet. Weiter wurde ein Leier für das „rote Echo“ erworben. Ich fordere alle Genossen, alle Klassenbewußten Arbeiter auf, auch in der Sammelstätigkeit mitzuhelfen, an der Stärkung der antifaschistischen Front.



## SPD und Nazis stützen Notverordnungsdictatur

U. A. Döllnik. Nach langer Zeit hielt der SPD-Kommisfar Müller es für notwendig, eine Gemeindevertretung einzuberufen. Da zu öffentlichen SPD-Versammlungen niemand hinstromt, sollte die Gemeindevertretung eine Wahlerversammlung für die SPD werden. Deshalb wurde als Hauptthema der Punkt „Arbeitsbeschaffung“ gestellt. In der Versammlung stellte Müller den Antrag, daß niemand ohne Karte in den Saal dürfe und hand dabei auch die Unterführung der Bürgerlichen und der SPD. Die Döllniker Einwohner sollten also nicht kontrollieren können, wie die Vertreter zu den einzelnen Fragen Stellung nehmen.

Die SPD hatte für vier Klempneger beantragt, die Pacht um 30 Prozent zu ermäßigen. SPD, der Nazivertreter Schumann und auch Müller stimmen dagegen. Die Vertreter der

Bauern enthalten sich der Stimme. So sieht die Hilfe der SPD und der Nazis für die Bächter und Bauern in der Praxis aus.

Die vorgeschlagene Arbeitsbeschaffung entspreche sich als ein ganz fähiger Baubau. Der SPD-Vertreter forderte, daß die vorgelegten Arbeiten nur zu Tariflohn ausgeführt werden dürften. Die Sozialdemokraten beantragten, daß die Wohlfahrtsvereine, die Beschäftigung finden sollten, zu ihrer Unterhaltung nur 1,50 M. pro Tag erhalten sollten. Der Heimatschutz-Müller verteilte sich sogar zu der Behauptung, daß die Arbeiter auf diese Weise noch mehr als den Tariflohn erhielten. Erneut zeigte sich die SPD hier als treue Stütze der von Bapen-Regierung, gegen die sie angeblich den Kampf führt.

Bei der Aussprache über die Deckungsfrage führten die SPD-Vertreter die hohen Gehälter an, die abgebaut werden müßten. Dies ziel den SPD-Vertreter Kettel auf den Plan, der sein 800-M-Gehalt in Gefahr sah. Er meinte, die Brüning-Regierung wäre sehr gut gewesen, sie hätte auch von den Kommunisten unterstützt werden müssen. Er bekam die gebührende Antwort. Kommisfar Müller lang darauf nach ein Loblied auf den früheren SPD-Vertreter Bessler, der immer so vernünftig eingeleitet gewesen wäre und der sich auch bei Bohntagen immer den Standpunkt Müllers zu eigen gemacht hätte. Ein weiterer Beweis, daß die Kommunistische Partei keinerlei Schwankungen dulden darf.

Ein Antrag der Rentner, der von der SPD-Fraktion eingereicht wurde, forderte, daß die durch die Notverordnung angeordnete Kürzung der Renten von der Gemeinde getragen werden sollte.

Diese Forderung wurde von der SPD bis zu den Nazis abgelehnt.

Nach Auffassung dieser „Volksvertreter“ sollen die Rentner also ruhig weiter hungern. Zum Schluß leistete Müller sich dann noch eine Ruhlandheute, wobei er erklärte: „Die Vorbedingung zum Sozialismus ist der heutige Staat mit seinem gesehmen und allgemeiner Wohlbereit.“ Der Kommisfar meint jedoch, wenn er nur sein hohes Gehalt bekommt, dann ist das schon ein „Bild Sozialismus“. Die Meinung spielt dann keine Rolle mehr. Darauf fallen die Protesten nicht mehr herein. Am 31. Juli werden Kommunisten, die Liste 3, gewählt!

## Aufruf des Einheitsfrontausschusses Hohenmölsen an die gesamte Arbeiterschaft von Hohenmölsen und Umgebung!

Am Freitag, dem 15. Juli, 18 Uhr, findet in Hohenmölsen eine gemeinsame Demonstration gegen den Faschismus statt. Anschließend Kundgebung auf dem Marktplatz. Es ist Pflicht der Arbeiterschaft von Hohenmölsen und Umgegend, sich an der Demonstration zu beteiligen, um dieselbe recht wichtig zu gestalten. Sammelpunkt: Sportplatz am Wasserturm um 17 Uhr. Auswärtige Ortsgruppen treten mit ihren Instrumenten und Spielmanszügen an.

- Referenten:  
Alfred Otto, KPD, Hohenmölsen.  
Otto Zausch, SPD, Hohenmölsen.  
Hierzu rufen auf:  
Einheitsfrontausschuß Hohenmölsen:  
KPD, KJVD, Kampfbund gegen den Faschismus, SPD, SAJ, Reichsbanner, Eisenerne Front, Freidenker, Rote Sportler und Bundes-Sportorganisationen.

## Proletarische Solidarität für die Angehörigen des erschossenen Genossen Fahlke

(U. A. Koisch. Die Ortsgruppe Koisch der Roten Hilfe sammelte für die Frau des erschossenen Genossen Fahlke bis jetzt 16.05 M. Dies ist ein leuchtendes Beispiel proletarischer Solidarität. Geht weiter für die Rote Hilfe!

## PZO organisiert die Antifaschistische Aktion

Chemiehöllen 15. u. 29., Kohlenschächte 19., Kupferbergbau 22., Agrarquetschen 16. u. 23. Juli Massenvertrieb, Massenwerbung für „Klassenkampf“, die Tageszeitung der Betriebskampffront

**Unsere Truppen marschieren**  
Arbeiterkorrespondenten! Heran an den Feind, ihr seid die Vorhut!  
RGO-Gruppen machen die Betriebsberichte fertig.  
PZO richten die Gewehre und Kanonen der Propaganda und Agitation auf die Betriebe. („Klassenkampf“ hat blendende Explosivkraft.)  
Roter Massenselbstschutz organisiert die Deckung.

**Wir**  
vertreiben an Sondernummern:  
Chemie ..... 2200  
Kupfer ..... 1200  
Kohle ..... 2000  
Land ..... 1200

**Sturm auf die Betriebe! Parteizellen, an die Spitze des Angriffs**

# Bieten Sie Ihrem Freund einmal LIGA 3½ an; er wird diese Zigarette auf 6 Pfg. schätzen. Dieses unparteiische Urteil beweist, daß LIGA weit über dem Altgewohnten steht.

dick rund, ohne Mundst.



# Aus der Arbeit der R.G.O.

## Verbandstag des Schuhmachers

Der Verbandstag des Zentralverbandes der Schuhmacher ist vorüber. Wie der Bericht der Mandatsprüfungskommission ergab, war der Verbandstag mit 54 Delegierten besetzt. Außerdem waren 17 Vorstandsmitglieder anwesend. Ein großer Teil der Delegierten waren Angehörige des Verbandes. Trotzdem Anführer der R.G.O. auf dem Verbandstag nicht vertreten waren, beherrschte die Frage der R.G.O. die gesamten Verhandlungen der Konferenz. Der Vorsitzende Simon gab den Ton und ließ eine wilde Rede gegen die R.G.O. vom Stapel. Dann marschierte ein reformistischer Angehöriger nach dem anderen auf und lies in derselben Form, daß der Verbandstag, trotzdem kein R.G.O.-Anführer vertreten war, sich bereit erklärt, daß die R.G.O. befehlen mußte, jetzt, daß die R.G.O. in der deutschen Schuhindustrie eine Rolle spielt, über die Simon nicht mehr mit einer Handbewegung, wie auf dem letzten Verbandstag, hinweggehen kann.

Die zweite große Frage war die Frage der Einheitsfront. Simon zeigte im Verlauf des Verbandstages immer offener sein Gesicht. Er erklärte, daß bei der jetzigen Einstellung der R.G.O. eine Einheitsfront nicht möglich ist.

Nach jedem Redner, der darauf hinwies, daß man jetzt zur Einheitsfront kommen müsse, sprach Simon gegen die Einheitsfront. Am zweiten Verbandstage hielt Raphaela ein Vortragsstück als Hauptreferat über „Sozialistische Wirtschaftspolitik in der kapitalistischen Krise“. Ausgerechnet Raphaela, den Mann, der vor nicht

## Anfeuernde Beispiele

hielten einige Kollegen der Ceuna-R.G.O. Betriebsgruppe in punkto Kleinarbeit. Sie rechneten nicht nur für 57 M. Literatur für den vergangenen Monat ab, sondern sie ließen Listen für den Kampfjournale der Antifaschistischen Aktion zirkulieren. Von 30 Kollegen einer Abteilung zeigten 27 auf die Listen.

In einer anderen Abteilung von 12 Ceuna-Arbeitern zeigten acht für die Antifaschistische Aktion. Warum bringen nicht alle Genossen solche Erfolge zustande. Täglich kameradschaftlich eure Erfahrungen aus. Jetzt heißt es, mit allen Kräften die Ceuna-Belegschaft zu mobilisieren.

## Wer den Betriebsfaschismus schlagen will, muß Kleinarbeit leisten!

allzu langer Zeit den Redaktionschemel einer großen öffentlichen Zeitung mit dem Rollen eines „Theoretikers“ der R.G.O. verknüpfte hatte Simon seinen „Theoretiker“ Raphaela. Raphaela ist es, dessen Theorien von der „Bürokratie“ der R.G.O. einen jämmerlichen Vortritt erlitten haben.

Raphaela war es, der auf dem Hamburger Gewerkschaftskongress 1928 unter dem Beifall der reformistischen Bürokratie ausrief:

„Die Tendenz des wachsenden Einflusses des proletarischen durch die moderne Arbeiterbewegung und insbesondere durch die Gewerkschaftsbewegung überwinden werden.“

Dieser famose Theoretiker hat allerdings daneben, auf dem Verbandstag zu fragen, ob die Tendenz der „Bewegung“ auch bei der deutschen Schuharbeiterfront überwinden werden kann, sich unternommen hatte, die Marxsche Reproduktionstheorie zu verwerfen, die durch die wachsende Beteiligung des deutschen Proletariats in den letzten Jahren erneut erwidert worden ist, ist in seinem Referat den „Männern der revolutionären Arbeiterfront“ die „sozialistische Planwirtschaft“ vor. Er erklärte wertlos, daß die Überwindung der immer wiederkehrenden Krisen nur durch den Umbau der Wirtschaft möglich ist.

Am ersten Tage hatte Simon richtig erklärt, daß es „im Kapitalismus überhaupt keine Lösung gibt“. Am ersten Tag flüsterten die Delegierten, die diese Erklärung Simons hörten, Beifall. Am zweiten Tag ergriff ihnen der Kampfgeist, daß es doch eine Lösung im Kapitalismus gebe, nämlich den Umbau der Wirtschaft. Trotzdem das gerade das Gegenteil ist, erlebte auch Raphaela den Beifall des Verbandstages, einmütig von Simon.

Der Verbandstag nahm nach einer ausgiebigen Debatte, in die Simon immer wieder eintrat, um die Sache gegen die R.G.O. und R.G.O. neu zu entscheiden, gegen eine Stimme eine Resolution zur Arbeitslosenfront an. Diese Entschließung ist ein Meisterwerk der Demagogie. Im ersten Teil heißt es, daß die Arbeitslosenfront die grundlegendste Aufgabe ist, während im zweiten Teil der revolutionären Arbeiterfront die Aufgabe ist, die Arbeiterfront der Schuhindustrie zum Kampf um den Tarifvertrag zur Annahme. In der Entschließung heißt es, daß die Arbeiterfront der Schuhindustrie keine weiteren Lohnforderungen und keine weiteren Verschlechterungen der Wohnbedingungen hinnehmen soll. Von einem Aufruf zum Kampf ist in der Entschließung nichts zu sehen. Einmütig gelangte auch eine Entschließung gegen den Faschismus zur Annahme.

Simon, dem die fortwährende Permütigung der Einheitsfront auch in der Schuhindustrie scheinbar große Sorgen macht, ist in der Entschließung in den Worten: „Solange der russische Rubel rollt, gibt es keine Einheitsfront.“ Dieser verkehrten Behauptung Simons stimmte nur ein kleiner Teil des Verbandstages zu.

## „Endlich kommt ihr wieder einmal...“

Mit diesen Worten wurden einige Genossen empfangen, als sie vor dem Betrieb die Schuhe, Halle (Metallbau) unieren „Klassenkampf“ zum Verkauf anboten. 30 Zeitungen wurden bei der kleinen Zahl gegen in kurzer Zeit verkauft. Und verschiedene Genossen sagten zu ihm: „Es geht nicht, bei Weisje Söhne werdet ihr nicht los.“

Nur richtig davor, hier, dann laufen die Betriebsarbeiter den „Klassenkampf“, dann fragte ich dazu, bei, die alle in die Front der Antifaschistischen Aktion einzureihen!

Jeden Pessimismus besseht! Immer heran an die Betriebsarbeiter. Nicht locker lassen, der Erfolg ist uns sicher!

## Eisenbahner schafft die rote Kampfeinheit

### Betriebsfiskizze aus Delslisch — Zurückweichen stärkt den Betriebsfaschismus

U.S. Bei uns, bei der Delslischer Verwaltung, macht sich der Personalabbau besonders bemerkbar. Im Bahnbau wird noch dieselbe Anzahl Wagen gerollt. Infolge dessen müssen die dazu notwendigen Unterarbeiten trotz Personalabbau hergestellt werden. Es ist eine wahnsinnige Unterbreiter. Und wenn die Kollegen dann „zu viel Prozent“ haben auf Grund der Personalverminderung und größten Ausbeutung, wird nachgeschickt: Warum? Beschäftigt?

Der „Sechsbant“ erhebt und der zweite Mann wird vom



Freigewerkschaftlichen Betriebsrat gestellt. Das Gedinge wird aufgeschneidert und der freigewerkschaftliche Betriebsrat hilft mit, das Gedinge auszubauen!

Und wie war es am 30. April dieses Jahres? Hätten da nicht die Bürokraten und Brandierler, verantwortliche Gebardi, Delslisch, ein Flugblatt herausgegeben: „Wir kämpfen gegen Lohns und Personalabbau!“ „Kamoh, das wagt ihr nicht!“ Die Wesel, die die Serren Gehardi und Kompanie ausgespielt haben, sind nicht eingetrigt worden.

Die Brandierler haben niemand zum Kampf gerufen. Sie machen nicht ernst mit der Mobilisierung der Eisenbahnerfront.

## Die Baulöwen wittern Morgenluft

### Erneuter Lohnabbau gefordert

#### Bauarbeiter, rüffet zum Kampf um die Zurückeroberung der Löhne vom März 1931!

Der Reichsarbeitsminister hat sämtliche im Mai durch Sonder-schlichter geschaffenen Tarifverträge, sowie alle vereinbarten Lohnabkommen im Baugewerbe rückwirkend vom 1. Juli 1932 ab für allgemeinverbindlich erklärt.

Der letzte Lohnabbau betrug für Facharbeiter durchschnittlich 18,9 Prozent und für Hilfsarbeiter durchschnittlich 18,8 Prozent.

Reformistische „Führer“ und Unternehmern halten die Allgemeinverbindlichkeit gefordert. Die Reformisten erklären, daß sie dadurch allen Bauarbeitern den Tariflohn sichern wollen. In Wirklichkeit wollten sie nur einen neuen Vorwand finden, um gegen die Kämpfe der Bauarbeiter aufzutreten. Aber wenn jetzt die Tariflöse für allgemeinverbindlich erklärt sind, so kann das die Bauarbeiter nicht hindern, beschlußmäßig oder ausserhalb Forderungen auf Lohn-erhöhung zu stellen und darum zu kämpfen.

Um so notwendiger ist erhöhte Aktivität der Bauarbeiter, als die Unternehmer bereits neuen Lohnabbau ankündigen.

Am 17. Juni fand in Königsberg die Hauptversammlung des Reichsbundes für das Baugewerbe statt. In einer dort angenommenen Entschließung wurde festgestellt, daß die Bauarbeiterlöhne in diesem Frühjahr zwar in einigen Bezirken um bescheidige Beträge gesenkt worden sind, die Senkung reiche aber in vielen Gebieten bei

Wir Kollegen wollen selbst die Initiative ergreifen. Notwendig ist, daß wir die rote Einheitsfront schmieden und den Kampf gegen jede Lohnverfälschung aufnehmen. Zurückweichen vor der Verwaltung stärkt den Betriebsfaschismus.

## Weisjenfels hat den Zug verpaßt

### Umsteigen aus dem Bummelzug in den Expres

Während die Genossen überall am vergangenen Freitag den „Klassenkampf“ mit großem Erfolg unter den Eisenbahner vertrieben, verpaßten die Weisjenfelder den Zug! Der Verlag „Klassenkampf“ erhielt von den Weisjenfelder Genossen folgenden Brief:

Werte Genossen!

Wir waren am Freitag nachmittag entseuert, (1) als wir 50 Exemplare des „Klassenkampf“ mehr bekamen. Wir haben es für eine große Bummelrei von jellen des Betrages, daß wir nicht wenigstens 24 Stunden vorher benachrichtigt worden sind, daß wir die Mehrereemplare erhalten. Bei vorheriger Benachrichtigung wäre es uns möglich gewesen, alles zeitlos abzuhängen, so aber konnten wir nur 18 Exemplare verkaufen. Der Rest geht zurück.

Mit kommunistischem Gruß!

Stadtkreisleitung, (Unterzeichn.)

Die Weisjenfelder Genossen haben 24 Stunden vorher den „Klassenkampf“ nicht gelesen. Da war am Donnerstag ein freigezogen der Ballen zu finden; eine Vorankündigung für den Vertrieb der Einheitsfrontnummer. Außerdem haben die Genossen in einer Aussprache, die einige Tage vorher, am Mittwoch, dem 8. Juli, durch den R.G.O.-Apparat in Weisjenfels stattfand, schlicht hingehört.

Selbst wenn nur 18 „Klassenkampf“ an die Eisenbahner verkauft wurden, warum wurden die übrigen Exemplare nicht in der großen Arbeiterstadt Weisjenfels an andere Arbeiter umgelegt, zumal außerordentlich wichtiges politisches Material gerade am diesem Tage im „Klassenkampf“ enthalten war?

Wir müssen in Weisjenfels umsteigen, aus dem Bummelzug in den Expres, dann geht es mit Vollampf vorwärts, im Zeichen der Antifaschistischen Aktion!

weltem nicht aus, um die durch die Höhe der Bauarbeiterlöhne bedingte Hemmung der Bauzeit zu räumen. Es heißt dann weiter: „Das Baugewerbe muß daher verlangen, daß ihm erneut Gelegenheit gegeben wird, die Bauarbeiterlöhne noch einmal auf ihre Tragfähigkeit zu überprüfen.“

In der Entschließung wird dann weiter gefordert: „Die Entlohnung der Bauwerksberufsgenossenschaften sowie eine Auflockerung des Tarifrechts und des Tarifregimes. Der Tarifvertrag soll nicht gerade den im Baugewerbe so wichtigen fortwährenden und jahreszeitlichen Schwankungen der Wirtschaftslage mehr anpassen.“ Die Bauarbeiter kündigen also in ihrer Entschließung erneut einen weiteren Lohnabbau gegen die Bauarbeiter an. Gleichzeitig wollen sie die Löhne durch individuelle Abmachungen auf den Baustellen selbstherrlich bestimmen.

Die Furcht, mit der die Baulöwen gegen die Arbeiter vorstoschen, muß alle Bauarbeiter aufstacheln. So wie die baulöwen Bauarbeiter durch ihren fiesemwichtigen Kampf die Unternehmern gezwungen haben, entgegen dem verbindlichen Vorbehalt eine Erhöhung des Stundenlohnes von 8 Pfennig zu gewähren, müssen alle Bauarbeiter den Kampf organisieren, nicht nur gegen den neuen angeblichen Lohnabbau, sondern auch für die Zurückeroberung der alten Bauarbeiterlöhne vom März 1931.

## An die Bergarbeiter aller Länder

### Helft den streikenden belgischen Kohlenarbeitern

#### Bergarbeiter, Kameraden!

Die reformistische Bürokratie der belgischen Bergarbeiterföderation hat, um den Kampf der Bergarbeiter zu verbieten, einen schamlosen Pakt mit Regierung und Grundkapitalisten geschlossen. Dieser Pakt heißt zur Folge, daß die Schichtlöhne von Bergarbeitern, die nicht belgischer Nationalität sind, aus Belgien ausgewiesen werden. Die Bergarbeiter haben diesen Pakt abgelehnt und mit Verbreiterung und Bekämpfung des Streiks beantwortet. Den Kameraden von Borinage sind die von Charleroi und Centre gefolgt. 120.000 Arbeiter dieses Industriegebietes haben im Streik. Regierung und reformistische Bürokratie wollen ihn mit Gen darmerie, Militär und Bergarbeiter zerlegen. Sie verlangen den Belagerungszustand. Aber die Bergarbeiter und ihre Frauen führen den heroischen Kampf mit aller Kraft weiter. Sie errichten Barrikaden und legen sich auch gegen die Militärmacht zur Wehr.

Diesem heroischen Streik zu unterstützen, ist die Pflicht der Bergarbeiter aller Länder.

Das Internationale Komitee der Bergarbeiter will deshalb erneut alle Bergarbeiter zur größten Solidarität. Kameraden, verlangt sofort Geldsammlungen zur Unterstützung der Streikenden. Die reformistische Bürokratie will die Streikenden, besonders die Kameraden nichtbelgischer Nationalität ausungieren, indem sie Streitunterstützung verweigert.

Verhindert das! Sammelt Geld, um die Hände der Feinde der Bergarbeiter zu vernichten. Protestiert gegen das Einleiten der Militärmacht gegen die streikenden Kameraden, die Klassenparteilich.

Helft schnell, dann helfst ihr doppelt.

Es lebe die internationale Solidarität.

Es lebe der Streik der belgischen Bergarbeiter.

Berlin, den 10. Juli 1932.

Internationales Komitee der Bergarbeiter.

## Für Reise und Wanderungen: Chlorodont

Hitz und Staub erlösen den Körper besonders beim Reisen und Wandern. Eine kräftige Mundspülung mit dem herrlich erfrischenden Chlorodont-Mundwasser und eine gründliche Zahnreinigung mit Chlorodont-Zahnpaste wirken wohltuend, verschaffen das Gefühl der Sauberkeit und

### immer schöne weiße und gesunde Zähne



Donnerstag, den 14. Juli 1932.

### Die Gottlosen bereiten Sorgen!

A. A. Liederstedt. Selbst in dem schwarzen Kirchenkreis Duerfurt ist die Volkserdemung auf Schranke gekollert. Die sie nicht mehr überwinden kann. Seit Wochen wurde das Kreismissionstreffen mit größter Propaganda angeleitet. Selbst der Ausschussleiter der Gemeindefürsorge wurde dazu beigebeugt. Aber nur zirka 100 Schäflein, zum größten Teil Kinder, nahmen daran teil. Das war das ganze Ergebnis des Festtages, mit dem der Gottesdienstbesuch ein Ende bereitet werden sollte.

Hienburg, die Perle des Unstrutales, war der Hofort der guten Vögel, um recht viele heranzuführen. In alle Winkel dieser Gegend ist die Frage gestellt, ob sie sich auch die Wohnungen der Bismarckbürger Gewerkschaft angeschlossen haben. Wir glauben kaum. Der fromme Oberinspektor Gerlach verbietet allen Fremden den Zutritt, weil er sicher ist, daß Hienburg, die Perle des Unstrutales, dann ein ganz anderes Bild bekommen würde. Wir werden uns vor allem an die Arbeiter im Bergwerksbetriebe B. B. S. und verzweifeln darauf, daß sie sich nicht länger als Werkzeug zur Volkserdemung benutzen lassen dürfen. Heraus aus diesem Sumpf! In S. M. A. M. heraus aus der Kirche, kämpft mit in den Reihen der Werftätigen!

### Delitzsch-Torgau

#### Nur proletarischer Schulkampf schließt Arbeiterkinder

A. A. Unsoburg. Die erste Sitzung des Elternrats sollte allein mit dem Wahl der Vorstände des Schulkomitees und der Stellvertreter ausgefüllt werden. Die SPD-Vertreter gingen mit denen der Nazis und der Bürgerlichen Arm in Arm. Der erste Vortrage mühte durch das Los gezogen werden, da Stimmengleichheit bestand. Die fünf Stimmen der proletarischen Vertreter entfielen auf den Genossen Markhardt.

Mährend die fünf Stimmen der Nazis, SPD und „Christlich-Infinitiven“ für den SPD-Mann abgegeben wurden.

Bei den folgenden Wahlen vertiefte die Nazis mit der SPD in Vorkämpfer. SPD schlug Nazi vor, Nazi schlug SPD vor, so haben sie sich dann gegenseitig gewidmet. Dieser Kundgebung stellte den zweiten Vertreter der SPD bereit an, daß er sich zu den proletarischen Vertretern lehnte.

Als die proletarischen Vertreter fordereten, daß eine allgemeine Aussprache über örtliche Schulfragen erfolgen sollte, hielt dies der SPD-Mann nicht für angebracht, um, wie er erklärte, das bisherige gute Einverständnis mit den Lehrern nicht zu ihrem Genusse durchbrechen zu lassen. D. A. M. und erklärte, daß darüber Beschlüsse beim Schulkomitee eingebracht sei. Auch wurde das Heimeisetz noch zur Sprache gebracht. Wer nun glaubt hätte, daß jene „Verträge“, die immer von „Schulausschuss“ oder „Deutscher Schule und Kultur“ und „Christentum“ heißen, nur zu diesen Vorwänden in der Schule auch Stellung nehmen würden, hat sich getäuscht. Möglich wollen sie alle von nichts wissen.

Die Vertreter der Liste „Proletarischer Schulkampf“ werden auch in Zukunft immer erneut den Appell an alle Arbeitereltern richten, mit ihnen gemeinsam den Kampf gegen Schulkapitalismus und Nationalen durchzuführen.

#### Arbeiterkampfbereitschaft verhindert Nazi-Terror

Efneroda. Die antifaunistische Front ist auf dem Höhepunkt. Vor einigen Tagen hatte der gut funktionierende proletarische Nachbarnklub erfahren, daß die Nazis einen ebenfalls auf einen unserer Funktionäre planten. Das wird sich aber nicht gelingen. Diese Front wurde, ganz offensichtlich, denn einander gegen Patronen, vor Auto, Motorrad oder Fahrrad durch die Straßen, wo unsere Funktionäre wohnen. Einmal 40-50 braune Schlägerbanden lagen im Hinterhalt. Sogar Leuchtraketen kamen zur Anwendung.

Doch die langsamgeduldeten Arbeiter trauten diesen Gefallen durch gute Wachsamkeit einen Erfolg durch die Rechnung. Sehr beachtend bei den Nazis ist, daß sie einige ihrer „Feldherren“ mit vollzogener Begleitung nach Hause bringen ließen, und es ist sogar festgelegt worden, daß sie besondere Blüten der Nazis durch SA bezogen lassen.

Nun, eins können wir euch Selden vom Dritten Reich nur sagen, die heilige Arbeiterfront ist auf dem Höhepunkt und wird, was auch kommen mag, immer ihren Namen führen. Wir schmieden die Antifaunistische Aktion! Wir fordern alle Werftätigen auf, den gemeinsamen Kampf zu organisieren. Der 31. Juli muß ein Millionenbegegnung für den Sozialismus, für die KPD für Liste 3 werden.

Am gleichen Abend, wo die Nazis kampfmäßig im Hinterhalt lagen, war es der Nazi Heimpel (Schiffbauern mit Wollmantel), welcher sich erlauben konnte, mit einem Scheinwerfer an und ohne Schutzlicht am Auto, in der Stadt herumzufahren. Der Landfahrer aus dem Nachbarnhof P. A. M. sehen an diesem Abend blind zu sein, denn sonst hätte er einmal zugreifen können. Es waren doch nicht eine Parteiende, Herr Gemeindefürsorge? D. B. A. M., wenn einmal ein paar Arbeiter ohne Befugnis kommen, da wird schnell, wie dies auch vor einigen Tagen der Fall war, das Notrufzeichen und der Rettungsgeschrei gesendet. In A. M. arbeiten die Proleten können ja beschaffen. Es wird dieses aber nicht immer so bleiben.

#### Mit dem Motorrad tödlich verunglückt

Auf der Straße Großes-Schloß lag der Motorparezentralsitzer ein Auto, das sich auf dem Weg zum Motorrad fuhr, der breiten Straße gegen zwei hintereinander fahrende Motorräder. Höchstens fünfzig Meter vor dem Tod. Die Frau des dritten Motorradfahrers wurde schwer verletzt in die Chirurgeschwankung. Auf der Straßenseite standen sie alle an. Die Straßenseite stand.

Schiedes. Selbstmord eines Hotelbesizers. Der Hotelbesitzer wurde am Sonntag bei einem angeblichen Tod aufgefunden. Wirtschaftliche Sorgen sollen es in den Tod getrieben haben.

# SPD-Manöver im Zeitzer Stadtparlament

## Forderungen der Rentner und Erwerbslosen müssen anerkannt werden — Nazi begrüßt Papen-Regierung — Schluß mit dem Polizeiterrror

A. A. Zeitz. Es ist notwendig, zu dem Verlauf der letzten Stadtverordnetenversammlung noch einmal Stellung zu nehmen. Eine am Donnerstag tagende überfüllte Erwerbslosenversammlung, die zu dem neuen Auszug gegen die Rentner und Unterstützungsempfänger Stellung nahm, hatte eine Delegation aus sozialdemokratischen, parteilosen und kommunistischen Erwerbslosen gebildet, die den Stadtverordneten ihre Forderungen unterbreiten wollten. Gleichzeitig beschloß die Erwerbslosen, auf dem Markt für die Durchführung ihrer Forderungen zu demonstrieren. Nach hundertlangem Warten konnte dann die Delegation folgende Forderungen unterbreiten:

1. Sofortige Kündigungsmachung der Neuregelung der Wohlfahrtsunterstützung, durch die eine Kürzung von 7½ Prozent eingetreten ist;
2. Die Mietsubvention an Behinderter werden um den Betrag erhöht, der durch die Beibehaltung der Sanzinssteuer durch die Novellierung vom 14. Juni 1932 eintritt;
3. alle Renten, die durch die Novellierung vom 14. Juni 1932 eingestellt werden, werden durch Zuschlag von Seiten der Stadt ausgeglichen, damit der alte Zuschlag wieder erreicht wird;
4. sofortige Einstellung jeder Kürzung der Unterstützungssätze bei Kindern und Erwachsenen.

Während der Verhandlungen im Rathaus war die Polizei des sozialdemokratischen Parteiparlamenten in der reichslosten Weise gegen die demonstrierenden jungen Erwerbslosen, gegen Frauen und Männer vorgegangen.

Wohlfühlige Erwerbslose und Rentner warden mit Gummirollen zu Boden geschlagen. Eine Anzahl Verhaftungen wurden vorgenommen.

Wie selbst von bürgerlichen Zeugnissen bestätigt worden ist, wurden einem jungen Mädchen von Polizeibeamten die Haare hochgehoben und rufstüchsig mit dem Gummistöckel ausgeföhrt. Kommunistische Stadtverordnete, die hierbei eingriffen, wurden schimpflich von den Polizeibeamten zurückgewiesen. Die Delegation hielt es für ihre Pflicht, deshalb als fünfte Forderung zu stellen: „Sofortige Freilassung der verhafteten Arbeiter und Arbeiterfrauen.“

**Hellwörtertes** 15x

**Rotas Echo**

Wochenzeitung der  
Wertätigen Mitteldeutschlands

In der am Freitag erscheinenden Ausgabe:  
Nazi-Oberrpostsekretär auf Stimmenfang  
Alte Eisenbahnwagen für Proleten  
Strafreich in der Sowjetunion  
Generalstreik in Belgien  
Der Rabe von Pappenheim  
Sorgt für Massenvertrieb! „Rotes Echo“ in die Wohnungen aller Wertätigen!

### Letzte Kurzmeldungen Die kühlgelben Badeopfer

**Landsberg bei Halle.** Am Teiche des kühlgelben Steinbruchs am Kapellenberg wurde der 19jährige Sohn des Schuhmachers Lebe beim Baden von Krämpfen befallen. Obwohl Lebe verhältnismäßig schnell aus dem Wasser geborgen wurde, waren Wiederbelebungsversuche erfolglos.

**Wenna.** Beim Baden in der Saale ist der 7jährige Otto Schröder ertrunken.

**Sondersdorf (Kreis Bitterfeld).** Mehrere Kinder badeten in einem mit Wasser gefüllten Kanonenrohr der Marke „Marie“. Ein 7jähriger Junge ertrank plötzlich im Wasser. Er konnte nach einiger Zeit nur noch als Leiche geborgen werden.

**Vratau (Kreis Wittenberg).** Im Vratauer „Kalk“ fand die Frau des Landwirts Koppe beim Baden den Tod. Die 13jährige Tochter verlor plötzlich vor den Augen ihres Onkels im Wasser. Nachher fand sie einen Herzstillstand.

**Reipzig.** Ein fährlicher Badeunfall ereitete der 20jährige Maater Ende aus Wittenberg einen Gehirnschlag und ertrank.

**Wittenberg.** Hausmädchen in der Wälschische verdrängt. In dem Keller einer Drogerie in der Kolonnenstraße brach in der dort liegenden Wälschische Feuer aus. Das 13jährige Hausmädchen Raßlich aus Wittenberg, das dort mit dem Wäschen von Kleidungsstücken beschäftigt war, verlor dabei ein Bein. Die Wälschische zu entkommen. Mit einem Krückenstab drückte er am Kellerfenster zusammen. Der Sohn des Drogeristen, der das Mädchen retten wollte, sog sich eine schwere Raubergangung zu und mußte mit dem Sauerstoffapparat wieder ins Krankenhaus zurückgeführt werden. Das beunruhigende Mädchen konnte nur noch als Leiche geborgen werden.

**Krehna (Kreis Bitterfeld).** Motorrad vom D. J. Zugerler. Montag mittags erlitt der 20-Jährige J. am Bahnhof Krehna an einem mit Schrott versehenen Motorrad einen Unfall. Der Fahrer, Hermann Schneider aus Krehna (Kreis Torgau), das Motorrad wurde etwa 10 Meter mitgeschleift. Der auf dem Gaspedal sitzende 13jährige Sohn Schneiders sprang im letzten Augenblick ab und kam so unversehrt davon. Der Vater erlitt eine blutende Wunde am Hinterkopf, ferner Verletzungen am Unterarm.

**Golpa (Kreis Wittenberg).** Ein am dritten Male abgetötet. Zum dritten Male beschuldigt sich die Gemeindefürsorge an einem mit Schrott versehenen Motorrad einen Unfall. Das vorgenommene Wälschische noch einen Sechshöher von 50-800 Watt aufweisen. Der Haushalter wurde nach lebhafter Aussprache aus dem Saal abgeholt. Mit Stimmengleichheit wurde ein Antrag auf Auflösung der Gemeindevorstellung abgelehnt.

**Gräfenhainchen.** Wasserpreis in Gräfenhainchen. In den letzten heißen Tagen ist der Wasserverbrauch denartig gestiegen, daß der Wasserzähler sich gewungen sah, den Kampf gegen die Wasserzähler anzufangen. Es werden Kontrollen vorgenommen, um die eingeschätzte Wasserpreise zu überwinden.

Während die bürgerlichen Stadtverordneten die Forderungen der Erwerbslosen und Rentner als Wohlthat zu bezeichnen mochten, gab ihnen Genosse Papen die Lehren, daß die Gehalt der hundertenden Erwerbslosen am Ende anstandslos in Arbeit erledigt müße noch in dieser Woche eine Unterstützungsauszahlung erfolgen. Unter dem Druck der demonstrierenden Arbeiter wurden zum Schluß die Forderungen angenommen.

Mitte dieser Woche soll die Zahlung in ungeführter Form durchgeführt werden.

Nur vor der Sitzung liegen die Sozialdemokraten ein „Extrakt“ verbreiten, mit dem sie glauben, ein ganz billiges Wahlmanöver durchführen zu können. Danach sollte die Stadtverordnetenversammlung beschließen, daß sie zu der Regierung von Papen, in anbetracht des von ihr autorisierten Unterstützungsauszahlung und Rentnerauszahlung, den Wälschischen Unterstützungsauszahlung, kein Vertrauen haben kann. Gleichzeitig soll der Minister des Auswärtigen, der von der Regierung von Papen die Kündigungsmachung oder Maßnahmen zu fordern. Des weiteren wird gefordert, daß alle Einkommen über 10.000 M. weggeführt zu werden sollen und daß in Zeitz die kommunalen Zuschüsse für Rentner nicht mehr erhoben werden. Der Stadtverordnetenversammlung lag die Antrag nicht vorzulegen, da er darin eine Veränderung der Papen-Regierung forderte. Es billig sollen die Sozialdemokraten nicht davon formen.

Wir werden die in dem Flugblatt aufgestellten Forderungen den sozialdemokratischen Arbeitern immer wieder unterbreiten, am ihnen zu zeigen, wie die Praxis ihrer Führer aussieht.

In den Parlamenten radikal schärfende Forderungen, aber auf der Straße werden hungere Erwerbslose von der Polizei niedergeprügelt und erschlagen, die von sozialdemokratischen Ministern und Parteiparlamenten beschützt wird.

Aus der Verhandlungen war typisch der Ausdruck des Nazivertritters Müller, der zuerst jegliche Verhandlungen der Nazis mit der Regierung von Papen ablehnt, um dann zu erklären: „Wir sind froh, daß wir sie haben.“

Das ist zu verstehen! Die von Papen-Regierung ist es ja, die dem Unarmisch der braunen Morbbanden jegliche Hilfe und Unterstützung angeheißt läßt.

In weiteren Verlauf der Sitzung wird ein Antrag auf Ausschüttung des Sozialdemokratischen Arbeiterin immer und des Stadthaushalts 1500 M. zur Verfügung zu stellen.

Der Verlauf dieser Sitzung ist ein Alarmruf an alle Werftätigen, die Reihen in der Antifaunistischen Aktion noch enger zu schließen. Drei Proleten sind nun Schadenhaft zu 6 bis 4 Monaten Gefängnis, eine alte Rentnerin zu sechs Wochen und deren Tochter, die von der Polizei so grausam schlagend wurde, ebenfalls zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt.

Schluß mit diesen Terroristen! Kampf für die sofortige Freilassung aller proletarischen politischen Gefangenen!

Am Sonnabend fand eine öffentliche Versammlung statt. Die sich mit dem Verlauf der Stadtverordnetenversammlung beschäftigten, die die ein gemittelter Zutritt zu der am Sonntag tagenden Einheitskonferenz wurde. Die Ausführungen des Genossen Riegel, Halle, der eine glänzende Verbindung mit den Nazis und den demagogischen Wandern der SPD-Führer hielt, wurden mit übersinnlichem Beschall aufgenommen. Ein Antrag wurde beschlossene, alle Kräfte der Antifaunistischen Aktion zum Kampf gegen Kapitalismus und Novellierungsbürokratur einzuhängen. Keiner darf sich diesem Kufe verschließen. Kampf in geschlossener Einheitsfront mit den Kommunisten!

### Alte Eisenbahnwagen für Proleten

Die Antifaunistische Aktion ist auf dem Höhepunkt. Vor einigen Tagen hatte der gut funktionierende proletarische Nachbarnklub erfahren, daß die Nazis einen ebenfalls auf einen unserer Funktionäre planten. Das wird sich aber nicht gelingen. Diese Front wurde, ganz offensichtlich, denn einander gegen Patronen, vor Auto, Motorrad oder Fahrrad durch die Straßen, wo unsere Funktionäre wohnen. Einmal 40-50 braune Schlägerbanden lagen im Hinterhalt. Sogar Leuchtraketen kamen zur Anwendung.

### Aus dem Geschäftsverkehr

**Zeitungsgesellschaften in Halle am 14. und 17. Juli.** So den am 14. und 17. Juli. Die Zeitungsgesellschaften in Halle sind am 14. und 17. Juli. Die Zeitungsgesellschaften in Halle sind am 14. und 17. Juli.

### Rundfunk-Programm

**Freitag, 15. Juli**

6 Uhr: Antifaunistische Front. 10.15 Uhr: Radio-Veranstaltung. 11.45 Uhr: Rundfunkberichte. 13.15 Uhr: Rundfunkberichte. 14.45 Uhr: Rundfunkberichte. 16.45 Uhr: Rundfunkberichte. 18.15 Uhr: Rundfunkberichte. 19.45 Uhr: Rundfunkberichte. 21.15 Uhr: Rundfunkberichte.

### Wir sind der Welt!

Freitag: Anfangs nach warmem, wolkenlosem Wetter und örtlicher Regenstauer oder Gewitter. Später etwas Abkühlung. Sonnabend: Wälschig warmer, aufheiterter Wetter.

Beamtentätigkeit: Franz Sied, Halle, 2. G. H. für den gesamten Anhalt. Julius B. W. Halle, 2. G. H. für den Anhalt.

# Klassenkampf



Kommunistisches Organ Bezirk Halle-Merseburg

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Donnerstag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,30 Mark; durch die Post bezogen 2,30 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsgesellschaft GmbH, Halle, Vertriebsstr. 14, Tel.: 210 45 (Red.); 210 47 (Verlag)

Mit der Mitarbeiterten-Zeitung „Der Rote Stern“

Abzugspreis: 15 Pf. für den mm Höhe und Spalte; 1 Mt. im Zeitl. Bankkonto: Kreisbank des Saalkreises Halle; Commerz- und Privat-Bank Halle. Postkontos: Leipzig 264 71 Halle-Merseburger Zeitungsgesellschaft. Druck und Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsgesellschaft GmbH, Halle, Vertriebsstr. 14

Einzelpreis 10 Pfennig

Halle, Donnerstag, 14. Juli 1932

12. Jahrgang Nr. 163

## Neue Bedrohung der Sowjetunion!

### Umschlaghafen Charbin von Japan befehlt

Charbarowst, 13. Juli.

In der Charbiner Umschlagstelle der Ostchinesischen Eisenbahn erschienen fünf Japaner mit dem japanischen Ratgeber Choringzi als Vertreter des Stabs der mandchurischen Fließflöße und forderten von dem Leiter der Handelsagentur der Ostchinesischen Eisenbahn die Uebergabe der Verladestation und des Schuppenhäufels. Auf die Weigerung der Angestellten der Ostchinesischen Eisenbahn hin befehlt eine Polizeibehörde unter Führung des japanischen Ratgebers die Umschlagstelle, verjage den Eisenbahnschutz und rief die Flößen und Schiffe von den Schuppen ab. Der Stab der Flößflöße verbot bereits am 2. Juli die Verladearbeiten auf der Umschlagstation und schickte zwei Barten mit Bohlen für den Sowjetstern „Sowjetstern“ („Sowjetgetreide“) gewaltsam zurück und verjagte die Arbeiter.

Hinter dieser ganzen Tätigkeit des Stabs stehen japanische Ratgeber, die schon monatelang versuchen, die Umschlagstelle zu nehmen, um sie an „Kokuji“, der größten japanischen Transportfirma, die in Wirklichkeit eine Filiale der südmandchurischen Eisenbahn ist, zu verpacken. Die Verjagung der Umschlagstelle durch den Stab der Flößflöße verleiht auf das gefährlichste das bestehende Ueberkommen und hat zum Ziel den Uebergang der Umschlagstation in die Hände japanischer Transportfirmen, die damit den Stillstand im Interesse der südmandchurischen Eisenbahn und zum Schaden der Handelsinteressen der Ostchinesischen Eisenbahn lenken und regulieren können.

Diese Meldung ist ein neues Alarmsignal für die schwere unmittelbare Gefahr eines Interventionskrieges gegen die Sowjetunion. Ein Alarmsignal für alle Antifaschisten in diesem Zusammenhang der verschärften Kriegspolitik der deutschen Bourgeoisie die größte Aufmerksamkeit zu schenken und in der Antifaschistischen Aktion den Kampf gegen die Kriegsstellungen nicht zu versetzen.

Antifaschisten! Bereitet den 1. August, den



in dem letzten Heft hohen Artikel „3. Kampfe gegen die Bedrohung der Sowjetunion“

Bedeutung der mandchurischen Vorgänge in den Hintergrund rückt. Gerade weil der räuberische japanische Imperialismus seine Kräfte unterschätzt und auf einen größeren Widerstand der chinesischen Weltmächte und härtere imperialistische Kompensationen gefaßt ist, als die japanischen Imperialisten vorausgesehen hatten, wird die Kriegspolitik der deutschen Bourgeoisie zu einer um so bedeutungsvolleren Gefahr. Die chauvinistische Welle in Deutschland und die offene Kriegshege des Hitler-Faschismus gegen die Sowjetunion tragen dazu bei, diese Gefahr noch zu steigern.

vor! Kämpfe immer für den Schutz der Sowjetunion!

## Dokumente! Laßt die Papen-Kreuzler!

Mit schamlosen Lügen versuchen die Naziführer für das Kabinett Papen und seine Politik zu tun, daß sowohl für die Notverordnungenpolitik der Papen und Schleicher wie für die Tributpolitik von Lausanne die Hitler-Partei die volle Verantwortung trägt.

In dem jüdischen Naziblatt „Freiheitskampf“ (4. 7. 32) schrieb der Führer der Hitler-Fraktion im jüdischen Landtag, Studentkowski: „Die Nationalsozialisten konnten der Regierung Papen das ausdrückliche

Wißtrauen nicht ausdrücken, da doch diese Regierung das Verbot der SA, SS sowie das Uniformverbot aufgehoben hat.“

Bei der Berliner Nazidemontage vom 10. Juli erklärte der Berliner SA-Führer, Graf Sellendorff:

„Wenn die SA nicht wäre, dann hätte sich diese Regierung des Herrn von Gahr keine 14 Tage halten können.“

In der Jüngerberg-Zeitung „Der Tag“ Nr. 164 wird über eine Rede des deutschnationalen Spitzenkandidaten für Hannover-Df, Hauptmann A. D. Schmidt, folgendes berichtet:

„Der Redner beschäftigte sich dann ausschließlich mit der SEDWV und erklärte, sie lebe auf Grund besonderer Umstände der Regierung Papen erheblich näher als die DNVP, denn sie habe der Regierung Tolerierung zugesagt und dafür die Aufhebung des Uniformverbots und die Auflösung des Reichstages erhalten.“ Schmidt jagte dabei wörtlich: „Ich fordere die Führung der SEDWV hierdurch auf, den Gegenbeweis hierfür anzutreten.“

Goebbels bläst aus Feigheit ab ...

(Sig. Drabem) Wuppertal, 14. Juli. Durch Wuppertal sollte gestern ein Terrormarsch der SA stattfinden, zu dem in der Berliner Naziführer Goebbels erschienen war. Angesichts der Erregung der auf den Straßen stehenden wertvollen Massen mußte der Durchmarsch abgeblasen werden. Im Stadion sprach Goebbels vor nur 6000 Hakenkreuzern.

### Hakenkreuz über Anhalt

Die am 24. April durchgeführten Landtagswahlen in Anhalt führten zu einer Umstellung in der Regierung. An die Stelle der vorherigen Koalitionsregierung der Sozialdemokraten und Staatspartei trat eine Regierung, an deren Spitze der Nationalsozialist Dr. Kruze besaßen ist. Wenn in der Wahlkampagne die Nationalsozialisten, so wie im ganzen Reich, auch in Anhalt jedem Wähler alles versprochen, so bewies die Regierungstätigkeit der Nationalsozialisten seit dem 23. Mai, daß alles andere in Erfüllung geht, aber auf keinen Fall diese Versprechungen.

Nazis verbrüdernd sich mit dem System

Schon in den ersten beiden Landtagssitzungen am 17. und am 21. Mai kam es zu einer Verbrüderung der Nazis mit dem System. In der ersten Sitzung fand die Wahl des Landtagspräsidentiums statt. Diese Sitzung fand ganz im Zeichen einer

### Die richtige 3!

Nicht das „Dritte Reich“ ist ein Reich des Sozialismus. Das „Dritte Reich“ soll die Hölle der Arbeiterschaft werden, damit die kapitalistische Diktatur nie gänzlich verenden lassen kann.

Nicht die drei Pfeile der Eisernen Front zeigen dem Proletariat den Weg der Rettung und des Kampfes für Arbeit, Brot und Freiheit. Drei schwarze Pfeile des antifaschistischen Kampfes sind allein: Massenkampf in allen Betrieben und Stempelstellen gegen Papens Notverordnungen, roter Massenstreik, politischer Massenstreik gegen Papen und Hakenkreuzterror. Wer dafür kämpfen will, wählt am 31. Juli

die kommunistische Fisse 3!

### Antifaschistische Aktion!

Mit Dolchen, Schlagringen, Gummimäppeln und Revolvern wollen die Nazis, die Papenkreuzler, die Arbeiter einschüchtern.

Betriebsarbeiter, bewaffne dich mit der revolutionären Presse, mit dem „Klassenkampf“. In der Antifaschistischen Kampfwache gilt es den Massenangriff unserer revolutionären Pfeile zu steuern.

Der „Klassenkampf“ ist deine Waffe!

Am Freitag erscheint eine große Sondernummer!

Sorgt für Massenvertrieb vor den Betrieben, insbesondere vor den Maschinenbetrieben der IG-Farben-Industrie.

Antifaschisten, wie die Front!

Leset und verbreitet die in der heutigen Ausgabe abgedruckte Rede des Genossen Ernst Thälmann auf dem Berliner Einheitskongress!